

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 4/2019 37. Jahrgang



Mit Beilage
BIG
Business
-Crime

Digitale Landwirtschaft

BAYERs Hoffnung

Weitere Themen:

Die BAYER-Krise

BAYERs neuer Gen-GAU

Magenmittel unter Anklage

STICHWORT BAYER

Das konzernkritische Magazin.
Informiert. Deckt auf. Macht Mut. Bewegt.



JETZT ABONNIEREN!

Coordination gegen BAYER-Gefahren



- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich €
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beiträge helfen)
- Ich/Wir bestelle/n zur Weitergabe
(Verteilpreis 1,50 € je Exemplar; regulärer Preis mind. 7,50 €) regelmäßig (Anzahl)
Hefte jeder Ausgabe
- Ich trete zur Stärkung von SWB dem SWB Förderkreis bei mit (mind. 60 €/Jahr) €
Bitte jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich abbuchen
- Ich spende zur Stärkung von STICHWORT BAYER an den SWB Förderkreis €

Antwort

Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Nr.	PLZ / Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fon	E/Mail
<input type="text"/>	<input type="text"/>
IBAN	
<input type="text"/>	
Geldinstitut	Datum, Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Fortschritt made by BAYER: Die Glyphosat-Drohne siehe S. 26

Inhalt

- | | |
|---|--|
| <p>6 Und wieder ein Gen-GAU
Labor-Pflanzen verunreinigen Winterraps</p> <p>9 Proteste in El Salvador
BAYERs Genpflanzen-Deal in der Kritik</p> <p>10 Der Persilschein
Gutachten segnet MONSANTO-Listen ab</p> <p>18 Der Fall „IBEROGAST“
BAYERs Magenmittel im Visier der Justiz</p> <p>22 Der Krisen-Report
BAYER leidet weiter unter dem MONSANTO-Deal</p> | <p>26 Der digitalisierte Acker
BAYER setzt auf die Landwirtschaft 4.0</p> <p>31 CBG verliert Mitstreiter
Nachruf auf Jürgen Rochlitz</p> <p><u>Rubriken</u></p> <p>5 Editorial
Impressum</p> <p>7 CBG bei der Arbeit</p> <p>28 O-Ton BAYER</p> <p>29 Au weia, BAYER
Promis gegen Profit</p> |
|---|--|

#verpackungvernichtet

SCHLECHTES GEWISSEN TO GO



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

föp

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

37. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp). Cvd: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matheus-Preis“ geehrt.

Beirat:

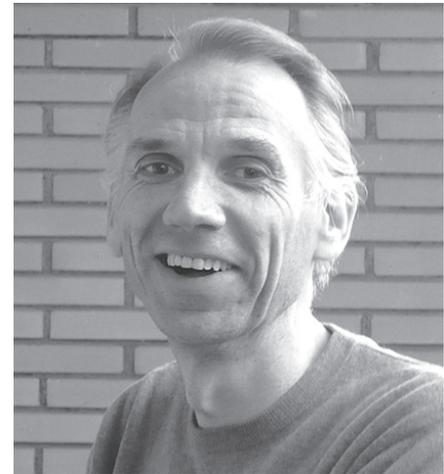
Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Wolfram Esche / Rechtsanwalt / Köln,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt,
Arne Semsrott / Politologe / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

von nun an bietet das *Stichwort BAYER* (SWB) noch mehr Lesestoff. Wir haben nämlich die Zeitschrift *BIG Business Crime* mit ins Boot genommen. Ab dieser Nummer ist sie unseren Ausgaben immer beigeheftet. So hat das Blatt die Möglichkeit, seinen Radius zu erweitern, und wir sind imstande, die geballte Kompetenz der Business Crimer*innen in Sachen „Wirtschaftskriminalität“ zu nutzen. Bei einem Klienten wie BAYER kann das nur von Vorteil sein. Wären wir selber im Big Business, würden wir jetzt von Synergie-Effekten oder einer Win-win-Situation schwafeln, wir aber sprechen stattdessen schlicht von einer guten Sache. Im Stammheft liefern wir unterdessen wieder eine Chronik der laufenden Ereignisse und verfolgen die Krisen weiter, in welche die MONSANTO-Übernahme den Leverkusener Multi gestürzt hat, als da wären der Bespitzelungsskandal und die Glyphosat-Prozesse mit ihren millionenschweren Strafen. Ein wesentlicher Grund für den bundesdeutschen Global Player, die US-Firma zu übernehmen, war deren Angebot im Bereich der digitalen Landwirtschaft. Damit hoffte das Management, sich eine erfolgsversprechende Zukunftstechnologie gesichert zu haben. Wir schauen in diesem Heft einmal, was auf dem „vernetzten



Acker“ alles so passiert mit den Bits und Bytes.

Mit einer Zukunftstechnologie von einst – der Gentechnik – hat der Agro-Riese derweil in der schnöden Gegenwart so seine liebe Mühe. Diese macht nämlich, was sie will, und keine/r weiß, warum. Aktuell wurde mal wieder eine Labor-Frucht übergriffig und kontaminierte konventionell gezüchtete Pflanzen. Das SWB dokumentiert den neuesten Gen-GAU.

Aber der BAYER-Konzern wäre nicht der BAYER-Konzern, wenn er nicht versuchen würde, das Geschäftsfeld trotzdem auszuweiten. Aktuell gelang es ihm, mit der Regierung von El Salvador einen Liefervertrag über gen-manipuliertes Saatgut abzuschließen. Das führte zu massiven Protesten von Landwirt*innen – und zu einem Artikel.

Die Pharma-Sparte darf in unserer Berichterstattung jedoch auch nicht fehlen. Hier gilt es ein veritables Business Crime zu vermelden. Der Leverkusener Multi hat sich jahrelang beharrlich geweigert, auf dem Beipackzettel seines Magenmittels IBEROGAST vor möglichen Leberschäden zu warnen, was einer Frau im letzten Jahr das Leben kostete und die Staatsanwaltschaft Köln jetzt zu Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung veranlasste. Genug zu lesen also auch dieses Mal wieder, meint

Jan Pehrke

Winterraps mit dem Labor-Konstrukt GT73 verunreinigt

BAYERs neuer Gen-GAU



Foto: Frank Liebig; CC-BY-SA 3.0 de

Blühendes Raps-Feld in Mecklenburg

Immer wieder werden BAYERs Gen-Pflanzen übergreifig und verunreinigen konventionelle Sorten. Besonders der Labor-Raps des Konzerns zeigt sich aktiv. Im Jahr 2016 fanden sich Spuren des Gen-Konstrukts NAVIGATOR in konventionellen Pflanzen, und 2014 kontaminierte INVIGOR kanadischen Weizen. Auch in den Jahren 2002, 2005 und 2007 kam es zu Auskreuzungen. Und jetzt gesellt sich ein neuer Fall dazu: Französische Behörden wiesen das Produkt GT73 in nicht genverändertem Winterraps nach.

Von Annemarie Volling (ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT)

Bis Ende März 2019 mussten in Deutschland ca. 2.150 Hektar konventioneller Winterraps unterpflügt und mit Pestiziden behandelt werden, weil er mit einem Gentechnik-Raps-Konstrukt GT73 der Firma BAYER verunreinigt war. Betroffen sind 84 landwirtschaftliche Betriebe in zehn Bundesländern, die unwissentlich gentechnisch verunreinigten Winterraps der Sorte „DK Exception“ von DEKALB aussäten. GT73 hat in Europa keine Anbau-, sondern nur eine Import-Zulassung, deshalb

gilt Nulltoleranz. Die Firma DEKALB wurde 1998 von MONSANTO gekauft, heute gehören die Marke und das Zuchtmaterial BAYER CROPSCIENCE. Aufgefallen waren die Verunreinigungen mit GT73 bereits am 25. Oktober 2018 bei staatlichen Saatgut-Untersuchungen in Frankreich. Erst am 21. Dezember informierte das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) die Öffentlichkeit. Auch die Ministerien auf Landesebene wurden dann erst informiert.

Der GT73-Gentechnik-Raps hat eine Resistenz gegen Glyphosat. Angebaut werden darf er in Kanada, USA, Australien und Japan. Soweit aktuell bekannt, kommt die verunreinigte Ausgangspartie aus Argentinien. Laut BAYER/Frankreich wurde sie in einem Gebiet ohne gentechnischen Anbau erzeugt. Das Anpflanzen von GT73 ist in Argentinien verboten. Wie es genau zu den Verunreinigungen kam, ist noch nicht geklärt. Das verunreinigte Saatgut wurde sowohl in Frankreich und Deutschland als

auch in der Tschechischen Republik und in Rumänien verkauft.

Die zuständigen Behörden der betroffenen Bundesländer haben die betroffenen Landwirt*innen informiert. Hessen hat beispielsweise angeordnet, „den aus dem verunreinigten Saatgut entstandenen Rapsaufwuchs durch mechanische Bearbeitung (grubbern oder pflügen) rechtzeitig vor der Rapsblüte zu vernichten (...) Auf laufende Rapspflanzen sind in der Folgekultur durch Herbizid-Anwendung zu vernichten. Die Flächen sind regelmäßig zu kontrollieren und alle auf der Fläche befindlichen Rapspflanzen zu entfernen. Bis Juli 2020 darf auf den betroffenen Flächen kein Raps ausgesät werden“. Diese Maßnahmen nannte das „Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT (AbL) auf Anfrage.

„Raps kommt immer“, so die Aussage eines Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb sei diese zweijährige Anbaupause völlig unzureichend. „Jeder Bauer und auch das BVL weiß, dass Rapsaatgut mindestens 20 Jahre keimfähig im Boden überdauern kann“, schreibt die AbL in einer Pressemeldung. „Raps hat ein enormes Auskreuzungspotenzial, deshalb darf auf diesen Flächen in den nächsten zehn bis 15 Jahren kein Raps angebaut werden und auflaufender Raps muss sehr sorgfältig vor der Blüte entfernt werden. Nur so gibt es eine Chance, weitere Gentechnik-Verunreinigungen zu verhindern.“ Deshalb fordert die AbL die Bundesländer auf, die Anbaupause entsprechend zu verlängern.

Verursacher muss zahlen

Diese Anbaupausen-Forderung klingt hart für die betroffenen Bäuerinnen und Bauern, auch deshalb, weil die Verunreinigung mit ca. 0,1 Prozent gering ist. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass Raps aufgrund seiner hohen Vermehrungsrate, der hohen Pollenproduktion und weiten Streuung durch Wind und Insekten, der starken Samenbildung und leichten Streuung sowie seiner langen „Haltbarkeit“ ein sehr hohes Auskreuzungspotenzial hat und unter Wissenschaftler*innen als „nicht koexistenzfähig“ gilt.

Klar ist, dass die betroffenen Bäuerinnen und Bauern keine Schuld trifft. Sie haben das Saatgut unwissentlich verwendet. Deshalb fordert die AbL, dass der Verursacher BAYER CROPSCIENCE für alle anfallenden Kosten aufkommen muss, so-

wohl für die bereits entstandenen Ausgaben und den Ernteausfall als auch für die noch zu erwartenden Aufwendungen z. B. für das Entfernen der auflaufenden Rapspflanzen sowie für mögliche Vermarktungsschwierigkeiten. In Frankreich sind 18.000 Hektar betroffen und inzwischen unterpflügt. Laut Nachrichtenagentur Reuters hat BAYER/Frankreich den französischen Landwirt*innen eine Entschädigung von 2.000 Euro pro Hektar für den Verlust der Ernte in diesem Jahr angeboten unter der Verpflichtung, im nächsten Jahr keinen Raps anzubauen. In Deutschland sind den Bauern und Bäuerinnen laut Information der *Unabhängigen Bauernstimme* Vergleiche angeboten worden. Die AbL warnt die Landwirt*innen allerdings davor, allzu schnell darauf einzugehen und damit auf alle weiteren Ansprüche zu verzichten, da die Folge-Kosten noch gar nicht abschätzbar seien.

Auch Versuche betroffen

Ende März 2019 wurde bekannt, dass auch Sortenversuche betroffen sind – in sieben Bundesländern. So hat EURALIS mehrere Prüfsorten von Wettbewerbern, darunter auch eine DEKALB-Sorte, eingekauft, um diese mit einer eigenen Neukreation zu vergleichen. Erst Ende Januar, so EURALIS-Geschäftsführer Peter Fleck, habe er von BAYER erfahren, dass die betreffende DEKALB-Sorte ebenfalls von den Verunreinigungen mit GT73 betroffen ist. Daraufhin ordnete das Unternehmen an, die Parzellen zu unterpflügen und auf den Flächen gemäß den unterschiedlichen Anordnungen der Behörden bis Juni 2019 bzw. Juni 2020 keinen Raps mehr anzubauen.

Auf die Frage, ob EURALIS darüber hinausgehende Sicherheitsmaßnahmen anweisen würde, antwortete Peter Fleck, die Firma werde sich an die Vorgaben der Bundesländer halten.

Auch in Schleswig-Holstein haben solche Sortenversuche stattgefunden – laut Pressemeldung des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums betrifft es „eine Fläche von rund 120 Quadratmetern an einem Standort im Kreis Schleswig-Flensburg“. Züchterin Barbara Maria Rudolf aus diesem Kreis, die mit Kreuzblütlern Sortenentwicklung macht, ist deshalb sehr beunruhigt. Bei der Züchtung versuche sie alles, um die Pflanzen vor der Einkreuzung bzw. Fremdbestäubung zu schützen. Das sei aber im Zuchtgarten oder später auf dem Feld nie zu 100 Prozent möglich. Umso wichtiger sei es für sie als Blumen-

CBG bei der Arbeit



„215 Ärzte fordern im Stern: „Mensch vor Profit!“, mit diesem Titel machte das Hamburger Magazin am 5. September 2019 auf. „Rettet die Medizin! – Gegen das Diktat der Ökonomie in unseren Krankenhäusern“, ist der Mediziner*innen-Appell überschrieben. „Es ist fahrlässig, Krankenhäuser und damit das Schicksal von Patientinnen und Patienten den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen“, warnen die Unterzeichner*innen des Aufrufs und kritisieren die vielen Anreize, „Rendite zum Schaden von Patientinnen und Patienten zu erwirtschaften“. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) zeigte sich solidarisch mit den Doktor*innen. „Längst geht es in den Kliniken nicht mehr um die Gesundheit der Patientinnen und Patienten. Der Profit steht im Zentrum. Krankheit wird zum Vehikel für Rendite und Gewinn. Das Personal wird ausgebeutet, und die Patientinnen und Patienten geraten in Gefahr“, hieß es in ihrer Presseerklärung. Zugleich plädierte die CBG dafür, die von den Ärzt*innen angestoßene Diskussion über die Lage in den Krankenhäusern zu erweitern und das verhängnisvolle Walten des Wirtschaftlichkeitsdenkens auch in anderen Bereichen des Gesundheitswesens thematisieren. Als ein Beispiel führte sie den Pillen-Markt an. Auf diesem streicht der BAYER-Konzern nämlich Milliarden-Gewinne ein und entzieht den Krankenkassen damit die notwendigen Mittel, um die Hospitäler angemessen zu finanzieren.



kohl-, Brokkoli- und Rettich-Züchterin zu wissen, ob sie gegebenenfalls betroffen sein könnte. Bei ihrem Anruf im zuständigen schleswig-holsteinischen Ministerium habe sie bislang keine Auskunft darüber erhalten, wo die betroffenen Sortenversuche stattfanden. Für sie mache es aber „einen enormen Unterschied, zu wissen, ob die potenzielle Verunreinigungsquelle in acht oder 50 Kilometer Entfernung liegt“, so Rudolf.

Forderungen

Der letzte Raps-Verunreinigungsfall in Deutschland ist gerade drei Jahre her. Deshalb fordern die ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT (AbL), die INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR GENTECHNIKFREIE SAATGUTARBEIT (IG SAATGUT) und das GEN-ETHISCHE NETZWERK (GeN) Nachbesserungen beim Saatgutmonitoring, also der Untersuchung der Ackerböden auf eventuelle Gentech-Kontaminationen hin, insbesondere bei Kulturarten, die wie Raps einem hohen Verunreinigungsrisiko ausgesetzt sind. Zudem sei es nicht nur erforderlich, dass das Saatgutmonitoring rechtzeitig stattfindet, die Ergebnisse müssten auch sofort veröffentlicht werden. Nur so könne nämlich eine Aussaat verunreinigter Partien verhindert werden. AbL, IG SAATGUT



Foto: Jörg Zägel

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittel-Sicherheit in Berlin

und das GeN haben die betroffenen Bundesländer mit ihren Nachfragen und Forderungen konfrontiert. Sie werden weiter abfragen, was die Bundesländer tun, um die Gefahr von Kontamination durch genmanipulierte Ackerfrüchte zu bannen. ←

Annemarie Volling, Gentechnik-Expertin der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT (AbL)

eMail: volling@abl-ev.de; www.abl-ev.de.

Der Text erschien im Mai 2019 in der *Unabhängigen Bauernstimme* und wurde leicht aktualisiert.

© Illustration: Aleutia / Fotolia.de

BRANDaktuell

Kommunale KLIMA Politik
Klimaschutz und Anpassungs-Strategien
GRÜNE HEINRICH BÖLL STIFTUNG AKP

Kommunale KLIMA Politik

Alle reden über das Klima – aber wie geht kommunale Klimapolitik? Wie steht es um den Klimaschutz vor Ort? Kümmern sich die Landkreise, Städte und Gemeinden auch schon um die Anpassung an den Klimawandel? Und wie passt beides zusammen?

Diese Arbeitshilfe enthält gute Argumente, benennt Handlungsfelder und setzt Prioritäten. Das Buch erklärt Strukturen und Strategien, thematisiert die Finanzen und blickt über den Tellerrand.

Bielefeld 2018, DIN A5, 192 Seiten, vierfarbig, 15 Euro
ISBN 978-3-9803641-9-5

Bestellen Sie direkt bei uns:
Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld
Tel. 0521 177517 | Fax 0521 177568
akp@akp-redaktion.de | www.akp-redaktion.de

Landwirt*innen wollen BAYERs Gen-Pflanzen nicht

Proteste in El Salvador



Landwirte in El Salvador

BAYER hat mit der Regierung von El Salvador einen Vertrag über die Lieferung von transgenem Saatgut abgeschlossen. Kleinbauern und -bäuerinnen kritisieren das Abkommen massiv.

Von Jan Pehrke

Die in El Salvador von 2009 bis Mai 2019 amtierende Linksregierung unter Salvador Sánchez Cerén hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. So legte sie ein „Programm zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“ auf und trieb etwa die landeseigene Entwicklung von Saatgut voran. Cerén wollte den Landwirt*innen Sorten zur Verfügung stellen können, die dem tropischen Klima Mittelamerikas angepasst sind. Zudem verfolgte der Präsident mit dieser Politik das Ziel, die Saatgut-Einfuhren zu verringern und damit den Einfluss der Agro-Riesen zurückzufahren – was auch gelang. Hatte die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO in El Salvador vor 2013 bei Saatgut einen Markt-Anteil von 70 Prozent, so sank dieser in den kommenden Jahren beträchtlich. Überdies musste der Staat weniger Mais importieren. Allein von 2011 bis 2014 sank das Volumen um 94 Prozent.

Nach der Wahlniederlage der FMLN, die Nayib Bukele von der Partei „Nuevas Ideas“ an die Macht brachte, droht nun eine Kehrtwende: Die völlige Abhängig-

keit von BAYERs Gentech-Pflanzen. Bukele ist Unternehmer und im Parlament überdies auf die Stimmen der rechten Parteien angewiesen. Deshalb verfolgt er einen sehr wirtschaftsfreundlichen Kurs. Beispielsweise signalisierte der ehemalige Bürgermeister von San Salvador der Trump-Administration die Bereitschaft, sein Land stärker für Investitionen von US-Konzernen zu öffnen. Und mit BAYER darf sich nun auch ein deutsches Unternehmen über eine privilegierte Behandlung freuen. Die neue Regierung hat mit dem Leverkusener Multi nämlich einen Vertrag über die Lieferung von transgenem Saatgut abgeschlossen.

Der salvadorianische Landarbeiter*innen-Verband ANTA und die internationale Dachorganisation der Kleinbauern und -bäuer*innen, VIA CAMPESINA, kritisieren die Vereinbarung massiv. Carlos Rodriguez von VIA CAMPESINA warnt besonders vor den Risiken und Nebenwirkungen der Pestizide, die der BAYER-Konzern in Kombination mit seinem Saatgut vermarktet. Glyphosat & Co. seien für die Landwirt*innen und ihre Gemeinden lebensgefährlich,

da die Mittel Krebs und Nierenversagen verursachen, so Rodriguez. Zudem verunreinigten die Ackergifte die Böden und die Gewässer. Seine Kollegin Ana Calles machte darüber hinaus auf die hohen finanziellen Belastungen aufmerksam, die durch das Abkommen auf die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zukommen. Diese würden Calles zufolge durch die Anbaukosten für genetisch manipulierte Pflanzen, die bis zu zweieinhalb mal so hoch wären wie diejenigen für konventionelle Ackerfrüchte, in die Verschuldung getrieben.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) solidarisierte sich mit den Landwirt*innen in El Salvador. „Nach der Übernahme von MONSANTO wieder ein Schritt zur Sicherung der Monopolstellung des BAYER-Konzerns im Bereich der Welternährung. Und eine Kriegserklärung an die bäuerliche Landwirtschaft in El Salvador und weltweit. BAYER muss gestoppt werden. Wir stehen an der Seite der protestierenden Bäuer*innen“, hieß es in der Presseerklärung der Coordinati- **◀**

MONSANTO-Listen: Kanzlei stellt Persilschein aus

Die Aufklärungsfarce



Der Firmensitz von SIDLEY AUSTIN in Chicago

Die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO hatte von der PR-Agentur FLEISHMAN HILLARD Listen mit über 1.500 Namen von einflussreichen Persönlichkeiten anlegen lassen, um die politische Landschaft besser pflegen zu können. Als der Skandal aufflog, beauftragte der Leverkusener Multi die Großkanzlei SIDLEY AUSTIN mit der Aufklärung. Das wenig überraschende Ergebnis: Alles im grünen Bereich.

Von Jan Pehrke

„Keine Hinweise auf illegales Verhalten“, unter dieser Überschrift präsentierte der Leverkusener Multi den Untersuchungsbericht der Anwaltskanzlei SIDLEY AUSTIN zu den MONSANTO-Listen. Die angelegten Dossiers zu

Politiker*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen verletzten nach Ansicht der Jurist*innen die Gesetze nicht. „Keine ‚sensiblen‘ Daten auf den Listen“, vermeldet der Konzern erfreut. Und was legal ist, ist für den Global Player

auch legitim. Unmittelbar nach der Aufdeckung des Skandals durch den TV-Sender *France 2* und die Zeitung *Le Monde*, die Material von einem Whistleblower zugespielt bekommen hatten, zeigte er sich noch ganz zerknirscht und entschuldigte

sich sogar bei den Überwachten. Nach dem von SIDLEY AUSTIN auftragsgemäß ausgestellten Persilschein sieht das für ihn ganz anders aus. Nun hat seine jetzige Tochter-Gesellschaft nicht viel mehr gemacht als forsche Lobby-Arbeit. „Es steht außer Frage, dass (...) die erstellten Stakeholder-Listen detailliert, methodisch und darauf ausgerichtet waren, MONSANTOs Positionen gegenüber Interessensgruppen und der Öffentlichkeit deutlich zu vertreten“, heißt es in BAYERs Pressemitteilung.

Blinde Flecken

Allerdings klaffen in dem Report beträchtliche Lücken. So hat die Kanzlei das dann doch einigermaßen „sensible“ Dokument aus dem Konvolut von *Le Monde* nicht finden können, in dem FLEISHMAN HILLARD „Freizeit oder andere Interessen (Golf, Tennis, Jagd, etc.)“ als einen „Schwerpunkt-Bereich“ der Sammelwut bezeichnete. Daten über deutsche Journalist*innen suchten die Jurist*innen ebenfalls vergebens. Eine entsprechende Liste mit 23 Personen tauchte erst später auf. Und hatte der Leverkusener Multi zunächst Entwarnung gegeben und bekundet, Grünen-Politiker*innen hätte FLEISHMAN HILLARD nicht ins Visier genommen, so musste er dann doch noch den Namen von Anton Hofreiter nachreichen. Der stand auf „zusätzlichen Stakeholder-Listen“, vermeldete SIDLEY AUSTIN. „Wie können Sie Transparenz bei der Aufklärung zusagen, wenn es Listen und Dokumente gibt, die offensichtlich auf den eigenen BAYER/MONSANTO-Systemen nicht zu finden sind?“, fragte das Internet-Portal *Mee-*

dia deshalb BAYERs Kommunikationschef Christian Maertin.

Die Antwort darauf vermochte Maertin nicht zu geben, dafür aber SIDLEY AUSTIN. So ganz nebenbei erwähnt die Kanzlei nämlich in ihrem Bericht, dass sie keinen direkten Zugriff auf Dokumente von FLEISHMAN HILLARD hatte. Auch sprach sie nicht mit den damals involvierten Beschäftigten. Das Anwält*innen-Büro musste sich allein auf das Material stützen, das die PR-Agentur BAYER für die anberaumte Untersuchung zur Verfügung stellte. Darüber hinaus hatten die „Aufklärer*innen“ nur noch die Möglichkeit, die Kommunikation zwischen MONSANTO und FLEISHMAN HILLARD einzusehen.

Auch konzentriert sich der Abschlussbericht allein auf die Aktivitäten von FLEISHMAN HILLARD, die sich das Agrarunternehmen 16 Millionen Dollar kosten ließ. Die Arbeit anderer von ihm angeheuerter „Beratungsfirmen“ wie etwa FTI oder HAKLUYT untersuchte der Report nicht. Insbesondere ignoriert er die Arbeitsteilung, die es beim „Aktionsplan Glyphosat“ zwischen FLEISHMAN HILLARD und dem Subkontrator PUBLICIS gab. Während FLEISHMAN die Aufgabe zufiel, die öffentliche Sphäre zu überwachen, oblag es PUBLICIS, „Auskünfte und Informationen zu sammeln, die NICHT (*Hervorhebung im Original*) öffentlich zugänglich sind“, wie es in einem internen Memo hieß. Überdies erfasste SIDLEY AUSTIN nicht den gesamten Zeitrahmen der Aktivitäten. Obwohl der Agro-Konzern FLEISHMAN HILLARD bereits im Jahr 2014 engagiert

hatte, beschäftigte sich die Kanzlei bloß mit Maßnahmen, die ab 2016 eingeleitet wurden.

Darüber hinaus beschränkte sich SIDLEY AUSTIN darauf, die Frage der Gewinnung von Daten im Hinblick auf eine eventuelle Verletzung von Persönlichkeitsrechten juristisch zu bewerten. Keinerlei Anstoß nimmt sie an dem gesamten Vorgehen und dem Umgang mit den Politiker*innen. Wenn etwa die damalige französische Umweltministerin Ségolène Royal in den Listen als „null beeinflussbar“ geführt wird und dann die Arbeitsanweisung „isolieren“ erfolgt, so betrachtet die Kanzlei dies offenbar als „business as usual“ beim „stakeholder mapping“. Und Direktiven wie „Erreiche, dass sie in der sozialdemokratischen Partei für eine Erneuerung (der Glyphosat-Zulassung, Anm. *SWB*) wirbt“ bewegen sich für die Rechtsanwält*innen offenbar ebenso im Rahmen wie Versuche, die damalige deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks über Parteimitglieder, die so „hochrangig wie möglich“ sein sollten, zu einer Meinungsänderung in Sachen „Glyphosat“ zu bewegen.

Politik entlastet auch

Die bundesdeutsche Politik kommt zu der gleichen Einschätzung wie SIDLEY AUSTIN. „Im Übrigen hat eine Prüfung durch das zuständige Referat der Bundestagsverwaltung ergeben, dass dort keine Hinweise auf strafrechtliche Vorfälle in dieser Sache vorliegen“, antwortete Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble dem Parlamentarischen Geschäftsführer

»Mist, der blede – des woa die falsche Insel!«

Ibiza-Finca »all inclusive« – auch der Rücktritt



»Blätter«
Sommerabo
3 Monate für
nur 15 Euro

Jetzt auf die richtige, die »Insel der Vernunft«! | blaetter.de





Französische Journalist*innen beim Studium der MONSANTO-Listen

der Partei „Die Linke“, Jan Korte. Die Aufgabe, möglichen datenschutz-rechtlichen Verstößen nachzugehen, wies der CDU-Politiker den Datenschutz-Behörden der Länder zu. Die nordrhein-westfälische Datenschutz-Beauftragte Helga Block will allerdings keine Aktivitäten in dieser Richtung entfalten. Sie hält sich für nicht zuständig, da „die Listen nicht von einem zur BAYER AG gehörenden Unternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen geführt worden seien“, wie sie der *taz* mitteilte. Jan Korte und seine Kolleginnen Sylvia Gabelmann und Kirsten Tackmann stellten zudem Anfragen an die Große Koalition. Sie wollten von dieser unter anderem wissen, ob FLEISHMAN HILLARD auch Regierungsangehörige und/oder Beschäftigte der Bundesbehörden auf den Listen führte. Zu zwei amtierenden Minister*innen existieren Aufzeichnungen, gab die Bundesregierung zur Antwort. Überdies gäbe

es Dokumente über Mitarbeiter*innen des „Bundesinstitutes für Risiko-Bewertung“ und des „Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft“. Bei einem der beiden Betroffenen aus der Minister*innen-Riege könnte es sich um Wirtschaftsminister Peter Altmaier handeln. Der bekam nämlich bereits 2017 in seiner alten Position als Kanzleramtschef des öfteren Post von MONSANTO, entschied die EU in diesem Jahr doch über die Zukunft von Glyphosat. In einem Brief setzt das Unternehmen den Politiker darüber in Kenntnis, dass es eine Zulassungsverlängerung bis 2032 für eine „Pflicht“ hält. Deutschland „als Leitland für das Verfahren“ könne sich ein Patt nicht leisten, heißt es in einem weiteren Schreiben. Und schlussendlich hat Deutschland sich ein solches Patt auch nicht geleistet. Entgegen der Koalitionsabsprache stimmte der damalige Landwirtschaftsminister

Christian Schmidt für das umstrittene Herbizid und löste dadurch eine veritable Koalitionskrise aus. Darum interessierte es die Abgeordneten der Links-Partei natürlich besonders, was sich über Schmidt so bei FLEISHMAN HILLARD findet. Das wussten CDU und SPD jedoch nicht zu sagen: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob sich der damalige Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, auf den sogenannten Stakeholder-Listen befindet.“ Der *Tagesspiegel* meldete unterdessen, der Name „Schmidt“ sei darauf nicht verzeichnet. Das erscheint jedoch kaum vorstellbar, weil der CSUler die entscheidende Person in der Causa „Glyphosat“ war, sein damaliger Konterpart Barbara Hendricks von der PR-Agentur eine recht umfangreiche Würdigung erfuhr und zahlreiche weitere Politiker*innen wie Dietmar Bartsch und Kirsten Tackmann von der Partei „Die Linke“ sowie Karl Lauterbach und Matthias Miersch von der SPD in die Fänge der Agentur geraten waren.

Die Prozess-Akten

In Frankreich haben Journalist*innen unter Berufung auf die Datenschutz-Gesetze des Landes direkt bei FLEISHMAN HILLARD Auskunft über gespeicherte Informationen erbeten und 80 Seiten Material erhalten. Einen weit umfassenderen Einblick in das Treiben der nunmehrigen Tochter-Gesellschaft von BAYER, als ihn der Abschlussbericht von SIDLEY AUSTIN gewährt, bieten darüber hinaus die Gerichtsakten aus den Glyphosat-Prozessen. Sie enthalten unter anderem firmeninterne Dokumente über den Musiker Neil Young, der die Aufmerksamkeit des Aggro-Riesen durch die Veröffentlichung des Albums „The MONSANTO Years“ erregte. Um sich der darauf formulierten Kritik zu



Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 2,50 Porto in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)
 Nord-West Jubiläumsausgabe

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. CBG 18.12.18

erwehren, leitete das Unternehmen umfangreiche Undercover-Operationen ein. Dabei steuerte die Firma ihre Aktivitäten von einer Abteilung aus, die sich „fusion center“ nannte, in Anlehnung an die gleichnamigen, mit Terrorismus befassten Sektionen des FBI und des „Departments of Homeland Security“.

Der Konzern arbeitete systematisch die Songs durch, identifizierte Problem-Felder, denen sich der Kanadier besonders intensiv widmete, und wappnete sich mit „Gegendarstellungen“. „Wir entwickeln einen Plan, um proaktiv Inhalte zu produzieren und auf die folgenden sechs Topics (...) vorbereitet zu sein“ hält ein Memo fest, das dann Schwerpunkt-Themen wie „Glyphosat“, „Bürgerrechte“ und „Patente auf Leben“ aufzählte. Auch die Ausschläge der *Twitter*-Aktivitäten zu den Schlagwörtern „Neil Young“ und „MONSANTO“ vermaß der Konzern akribisch mittels eines Koordinaten-Systems. Auf einen von Young produzierten Film über den Farmer Michael White, der gegen MONSANTO vor Gericht gezogen war, reagierte der Multi ebenfalls. „Wir setzen unsere Arbeit an Suchmaschinen-Resultaten fort (...) um sicherzustellen, dass ein ausbalanciertes Erzählen der Michael-White-Story gewährleistet ist“, verlautete aus dem „fusion center“. Sogar rechtliche Schritte gegen Neil Young erwog das Unternehmen, ließ schließlich aber doch davon ab. Die US-amerikanische Journalistin Carey Gillam sah sich einem noch umfangreicheren „action plan“ ausgesetzt. Das ihr gewidmete Dossier „Project Spruce“ umfasste 50 Seiten. Gillam arbeitete lange für die Nachrichten-Agentur *Reuters* und berichtete vor allem über den Bereich „Landwirtschaft“. Immer wieder verärgerten ihre Texte den Global Player. Und bei bloßer Empörung blieb es nicht. Nach

einem Artikel über einen Farm-Arbeiter, der die Firma wegen seiner Glyphosat-Vergiftung verklagt hatte, versicherte ein MONSANTO-Öffentlichkeitsarbeiter seinen Kolleg*innen in einer E-Mail: „Wir machen ihrem Arbeitgeber weiter Druck bei jeder Gelegenheit, die sich uns bietet.“ Als die Reporterin ihre Recherchen dann in einem Buch über Glyphosat bündelte, packte der „fusion center“ seinen ganzen Instrumenten-Kasten aus. Er investierte in Suchmaschinen-Manipulationen, die das „Whitewash“ betitelte Werk in schlechtes Licht rückten und engagierte Trolle für Verrisse auf den AMAZON-Seiten. Besonders bemühte sich MONSANTO um potenzielle Gillam-Kritiker*innen mit Renommée aus Wissenschaftler*innen-, Verbraucher*innen- oder Landwirt*innen-Kreisen. Selbst Beschäftigte der US-amerikanischen Umweltagentur EPA wollte der Konzern für seine Zwecke gewinnen. „Wenn Konzern-Macht mit so einer Intensität dazu genutzt wird, Menschen zum Schweigen zu bringen und die öffentliche Meinung zu manipulieren, dann wird die Wahrheit erstickt. Und davor sollten wir alle Angst haben“, mahnt Carey Gillam. Der Leverkusener Multi jedoch kann an dem Gebaren seiner jetzigen Tochter-Gesellschaft nichts Anrüchiges finden. Nach Ansicht des BAYER-Sprechers Christopher Loder hätten die MONSANTO-Aktivitäten lediglich beabsichtigt „zu gewährleisten, dass es als Reaktion auf zahlreiche Missinformationen einen fairen, angemessenen und wissenschaftsorientierten Dialog über das Unternehmen gibt, eingeschlossen Reaktionen auf ein Buch, das eine Person schrieb, die immer wieder als Kritikerin von Pestiziden und Gentechnik hervorgetreten ist“.

Auch gegen die Initiative MOMS ACROSS AMERICA, die MONSANTO in einem Of-

fenen Brief aufgefordert hatte, Glyphosat vom Markt zu nehmen, planten die Verantwortlichen Maßnahmen. Er wolle „die Scheiße aus ihnen rausprügeln“, kündigte Forschungsleiter Dr. Daniel Goldstein in einer E-Mail an.

Goldstein hat den Konzern inzwischen verlassen. Kommunikationschef Chris Samuel reichte ebenfalls seine Kündigung ein – nicht ohne FLEISHMAN HILLARD und anderen Agenturen noch einmal für die gute Zusammenarbeit zu danken. Ein deutliches Signal, auch in Richtung Vorstand, hat es innerhalb des Konzerns doch Auseinandersetzungen über die Art des Umgangs mit dem Skandal zwischen den BAYER-Manager*innen und den ehemaligen MONSANTO-Leuten gegeben. Letzteren gingen sogar die paar Reförmchen, die der Leverkusener Multi auf den Weg gebracht hatte, zu weit.

„Dass MONSANTO die Daten von Kritiker*innen gesammelt hat, ist mehr als nur beunruhigend. Es ist ein weiteres Zeichen dafür, dass wir als kritische Zivilgesellschaft (...) immer stärker unter Druck geraten, weil die Mächtigen ihre zerstörerischen Geschäftsmodelle beibehalten wollen“, hatte Olaf Bandt vom BUND unmittelbar nach der Aufdeckung von Glyphosat-Gate gesagt. Inzwischen hat sich die Aufregung allerdings gelegt. Die Bundesregierung „begrüßt es, dass BAYER die Vorwürfe aufarbeitet“ und sieht keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Datenschutz-Beauftragten lehnen ein Eingreifen ab. Und die Journalist*innen haben das Ergebnis der Untersuchung von SIDLEY AUSTIN einfach akzeptiert, ohne es zu hinterfragen oder überhaupt selber den Abschlussbericht zu lesen. Die Co-ordination gegen BAYER-Gefahren wird jedoch nicht locker lassen und weiter auf Aufklärung drängen. ←

SoZ Sozialistische Zeitung
 Nr. 9 · 9. Jg. · April 2019 · € 3,50 · www.sozonline.de

Für ein Leben unter anderen Sternen

EUROPA

DAS GESPRÄCH
 Seite 6

SCHWELLENZWEI
EU-WAHLER
 Seite 14

AGIGATION
 Seite 14

FINANZ
 Seite 14

KAPITAL & ARBEIT
 Seite 14

ÖKONOMIE
 Seite 14

INTERNATIONALES
 Seite 14

REIZELLE
 Seite 20-24

www.sozonline.de

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Schwerpunkte der letzten Ausgaben: Die EU-Wahlen und die europäische Linke · Massentlassungen bei den Dax-Konzernen am Beispiel Ford und Bayer · Winfried Wolf: Das E-Auto ist keine Alternative · Hundert Jahre Bauhaus

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)
Bestellung an: VsP e.V. · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
 Telefon (0221) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

EU-Zulassungen für drei Genpflanzen made by BAYER

Brüsseler Abschiedsgeschenk



Foto: BAYER

Ende Juli 2019 genehmigte die EU-Kommission in einer ihrer letzten Amtshandlungen einen ganz Schwung von Genpflanzen, darunter drei der BAYER-Tochter MONSANTO, ohne Sicherheitsaspekte ausreichend zu berücksichtigen.

Von Jan Pehrke

„Die Europäische Kommission hat heute (Freitag) nach gründlicher Prüfung zehn gentechnisch veränderte Organismen genehmigt, davon neun für die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln und eine Nelke als Zierschnitt-Blume“, verlautete am 26. Juli 2019 aus Brüssel. Von „gründlicher Prüfung“ kann dabei jedoch kaum die Rede sein. So erteilte die EU den Mais-, Soja- und Baumwoll-Pflanzen der BAYER-Tochter MONSANTO Import-Zulassungen für vorerst zehn Jahre, obwohl die Antragsunterlagen wichtige Sicherheitsfragen offen ließen. Die Europäische Union

verfügte bei ihrer Entscheidung weder über genügend Daten zum allergenen Potenzial der Labor-Konstrukte noch zu anderen möglichen Gesundheitsgefährdungen. Auch zu den Kombinationswirkungen der den Ackerfrüchten via Gentechnik verpassten Giftstoffe sowie zu den Effekten von MON87751 & Co. auf die Umwelt lagen ihre keine aussagekräftigen Dokumente vor.

Der neue Gentech-Mais

Als besonders problematisch erweist sich die Einfuhr-Erlaubnis für den Mais mit der

Serien-Nummer MON87411, den die Genwerker*innen mit einer Glyphosat-Resistenz sowie mit den gegen Schadinsekten wirkenden Stoffen Cry3Bb1 und DvSnf7 dsRNA versehen haben. Und das nicht nur, weil die EU damit den Gebrauch des von der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuftes Glyphosats für zehn weitere Jahre absegnet.

Die Initiative TESTBIOTECH bewertet vor allem die Verwendung des DvSnf7 dsRNA kritisch. Diese Ribonukleinsäure (RNA) besitzt einen neuen Wirk-Mechanismus

gegen den Maiswurzelbohrer. Die Molekül-Kette zieht Enzyme im Magen des Insekts auf sich, die sie in siRNA aufspalten, was dann ein für das Tier überlebenswichtiges Protein blockiert. Aber Wissenschaftler*innen zufolge vermag die RNA auch den Magen von Säugetieren heimzusuchen. „Es ist plausibel, dass die im Mais MON87411 produzierte ds-RNA direkt mit der Darmflora interagieren kann“, warnt deshalb TESTBIOTECH. Damit nicht genug, verfügt das doppelsträngige Molekül dazu noch über die Fähigkeit, in den Blutkreislauf zu gelangen und in die Steuerung von Genen einzugreifen. Der MON87411 ist mit ihm bestückt, weil Cry3Bb1, das Gift des *Bacillus thuringiensis* (Bt), inzwischen massive Abnutzungserscheinungen zeigt: Der Maiswurzelbohrer gewöhnt sich immer besser an diese Substanz. Während die Hauptwirkung des Bt-Toxins nachlässt, zeigen sich die Nebenwirkungen unverändert massiv. So ist das Cry3Bb1 wissenschaftlichen Arbeiten zufolge imstande, Allergien auszulösen. Trotzdem hat die Europäische Union der jetzigen BAYER-Tochter keine detaillierteren Studien zu diesem Komplex abverlangt. Für das Treiben des Stoffes in der Darmflora interessierte sie sich überdies ebenso wenig, wie sie das im Fall der Ribonukleinsäure getan hatte. Zudem ignorierte die EU bei der Prüfung des MONSANTO-Antrags die Wechselwirkungen des Toxins mit Pflanzen-Enzymen und Pestiziden. Ob die MON87411-Wirkstoffe auch für Bienen, Schmetterlinge und andere Tiere gefährlich sind, hat die Europäische Kommission ebenfalls nicht kontrolliert. Des Weiteren geht aus den MONSANTO-Unterlagen nicht hervor, wie die Pflanzen auf Stress-Bedingungen wie zum Beispiel extreme Wetterlagen reagieren, obwohl das Risiko besteht, dass sie unter diesen Umständen mehr Giftstoffe als sonst üblich absondern. Und zu schlechter Letzt schenkte die Europäische Kommission möglichen negativen Effekten des Gen-Mais' auf die Umwelt keine größere Beachtung. Die Gefahren von Auskreuzungen oder von Eintragungen in die Böden und Gewässer spielten für sie kaum eine Rolle.

Das neue Gentech-Soja

Das Soja MON87751, das mit den beiden synthetisierten Bt-Giften Cry1A105 und Cry2Ab2 versehen ist, hat es gleichfalls in sich. So können Toxine dieser Art hämotoxisch wirken, also den Blutkreislauf stören, und bestimmte Hautzellen binden,



Sitz der EU-Kommission in Brüssel

was deren Schutzfunktion beeinträchtigt. Darüber hinaus verfügen sie über das Potenzial, mit Darm-Bakterien, Pflanzen-Enzymen und Pestiziden zu interagieren und ihre Toxizität auf diese Weise zu steigern. Überdies erweisen sich die Substanzen als äußerst stabil. Sie halten sich beispielsweise sehr lange im Verdauungstrakt. Und spezielle Bestandteile des Sojas wie Trypsin-Hemmer wissen den Abbau-Prozess noch einmal zu verlangsamen. All diesem ist die BAYER-Tochter nicht nachgegangen. Außerdem untersuchten die Forscher*innen die Toxine in den Fütterungsstudien separat, weshalb ihnen die Kombinationswirkungen der Gifte verborgen blieben – angesichts der 30 bisher für den Import zugelassenen Gen-Konstrukte mit Bt-Toxinen eine grobe Fahrlässigkeit.

Auch sonst wiesen die Experimente TESTBIOTECH zufolge Mängel auf. So bekamen die Tiere immer die gleiche Menge Soja verabreicht, und das auch nicht in der Form, in welcher Menschen die Bohne am häufigsten zu sich nehmen: als Soja-Milch. „Um die potenzielle Gesundheitschädlichkeit zu ermessen, wären detailliertere (...) und längere Fütterungsstudien nötig gewesen“, reümiert die Initiative. Auch die Allergie-Gefahr ermittelte die EU nicht. Das zuständige Panel beließ es dabei, auf Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus einem Genehmigungsverfahren von 2008 mit dem Mais MON89034 zu verweisen, der ebenfalls Cry1A105 und Cry2Ab2 enthält. Dabei schreiben die EU-Regularien eigentlich Einzelfall-Prüfungen vor, was gerade beim MON87751 angebracht gewesen wäre, denn Soja weist mehr allergenes Potenzial als Mais auf.

Des Weiteren erschienen in den elf Jahren, die inzwischen vergangen sind, viele neue Forschungsberichte zu den Substanzen. Diese hätten die Entscheider*innen eigentlich berücksichtigen müssen.

Die neue Gen-Baumwolle

BAYERs neue Baumwolle, die auch als Tierfutter und Lebensmittel-Zusatz Verwendung finden soll, kommt als veritable

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF



DIE BERLINER UMWELTZEITUNG
Unkonventionell. Hintergründig.
Für Umweltbewegte.

Für nur 25 Euro per Jahres-Abo
direkt nach Hause.

Kostenlose Probeausgabe:
raberalf@grueneliga.de

grueneliga-berlin.de





Trutzburg auf den Acker. Sie verlässt das Gen-Labor mit den beiden Bt-Toxinen Cry1Ac und Cry2Ab2 sowie mit Resistenzen gegen die Herbizide Glyphosat und Glufosinat. Ihr Name legt von all dem Zeugnis ab und ist dementsprechend lang: GH-B614xLLCotton25xMON1598.

Neben den bereits bekannten Eigenschaften der Cry-Gifte bereitet Wissenschaftler*innen vor allem eine Nebenwirkung der Glyphosat-Resistenz Sorge. Das EPSPS-Enzym, das die Baumwolle immun gegen das Herbizid macht, bewirkt nämlich noch anderes: Es steigert den

Gehalt des Giftes Gossypol in den Ackerfrüchten. Vergeblich hatte TESTBIOTECH die EU-Prüfer*innen im Verlauf des Zulassungsprozesses beschworen, sich diesen Zusammenhang im Hinblick auf Gefahren für die Lebensmittel-Sicherheit und die Umwelt genau anzuschauen und gegebenenfalls zusätzliche Daten dazu von BAYER einzufordern.

Überdies haben die Forscher*innen bei der Übertragung der neuen Pflanzen-Eigenschaften mit antibiotika-resistenten Genen gearbeitet, die als Marker dienen. Wenn das Gewächs in eine Antibiotika-

Lösung kommt, überleben nur diese Zellen und zeigen den Wissenschaftler*innen so an, ob die Transaktion geglückt ist. Da diese Methode die Ausbreitung von Antibiotika-Resistenzen fördert und deshalb die Behandlung von Infektionskrankheiten erschweren kann, hatte die EU eigentlich bereits im Jahr 2004 darauf gedrungen, in den Gen-Laboren nicht länger mit Immun-Reaktionen gegen Wirkstoffe zu arbeiten, welche für die Humanmedizin eine große Bedeutung haben.

Trotzdem genehmigte sie den GHB614xLLCotton25xMON1598. Zusätzlich zu den beiden anderen gentechnisch veränderten Organismen made by BAYER erteilte sie am 26. Juli noch vier anderen Pflanzen die Import-Lizenz und verlängerte für zwei weitere Ackerfrüchte die Einfuhr-Erlaubnis. Zudem gab die Europäische Kommission einer Gentech-Nelke ihr Plazet. Dabei ging sie laut TESTBIOTECH nicht sorgfältiger vor als bei der Prüfung der MONSANTO-Anträge. „Die EU hat ihre Pflichten gegenüber Mensch, Tier und Umwelt sträflich vernachlässigt und einzig im Interesse von BAYER & Co. gehandelt“, konstatierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN deshalb in ihrer Presseerklärung zum Thema. ←

contraste

zeitung für selbstorganisation

417 36. JAHRGANG JUNI 2019 4'50 EUR



SCHWERPUNKT
Auf dem Weg
zu grenzenloser
Solidarität

www.contraste.org

SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift



Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org

BAYER-Magenmittel im Visier der Justiz

Der Fall „IBEROGAST“



2018 starb eine Frau, die BAYERs Magenmittel IBEROGAST eingenommen hatte, nach einer Leber-Transplantation. Die Umstände ihres Todes beschäftigen jetzt die Justiz. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet, da der Leverkusener Multi sich jahrelang weigerte, vor den die Leber schädigenden Effekten des Pharmazeutikums zu warnen.

Von Jan Pehrke

Nur ganz selten machen die Risiken und Nebenwirkungen von BAYER-Arzneien Schlagzeilen. Das Magenmittel IBEROGAST schaffte es im Juli 2019 nun aber auf die Seite eins der Zeitungen. Die Kölner Staatsanwaltschaft will nämlich genau untersuchen, warum eine Frau sterben musste, die das seit 2013 vom Leverkusener Multi vermarktete pflanzliche Präparat eingenommen hatte. Die Jurist*innen haben Ermittlungen wegen

fahrlässiger Tötung eingeleitet und prüfen derzeit, ob die Patientin noch am Leben sein könnte, wenn sich der Konzern nicht jahrelang dagegen gestemmt hätte, auf den Packungsbeilagen über mögliche Leberschädigungen durch IBEROGAST zu informieren.

Der Pharma-Riese weist diesen Verdacht in seiner Stellungnahme zu den Presseberichten weit von sich. „BAYER hat den erwähnten Fall, der im Zusammenhang

mit der Einnahme von IBEROGAST aufgetreten war, intensiv und umfassend analysiert“, bekundet der Konzern, um sich im Folgenden selbst von aller Schuld freizusprechen. „Idiosynkratische Reaktion“ lautet stattdessen die Ferndiagnose in der Verlautbarung, die unter anderem den Apotheken zugeht. Dem Global Player zufolge wurde der Frau „eine äußerst seltene, dosis-unabhängige Reaktion auf Substanzen, die in der Regel von Men-

schen sicher toleriert werden“ zum Verhängnis. Im Übrigen hätten Studien mit über 7.000 Teilnehmer*innen die Sicherheit und Wirksamkeit der Arznei erwiesen, führte das Unternehmen weiter aus und resümierte: „Das Nutzen/Risiko-Profil von IBEROGAST ist weiterhin positiv.“

Nach Ansicht vieler Vertreter*innen der medizinischen Fachwelt war es das hingegen noch nie. So wertet der „Arzneimittelverordnungsreport“ die Beliebtheit von IBEROGAST und ähnlichen Mitteln bereits 1997 lediglich als „Ausdruck fehlender Therapie-Möglichkeiten bei sogenannten ‚funktionellen gastro-intestinalen Beschwerden‘“. Ein Jahr später hält das industrie-unabhängige *arznei-telegramm* fest: „Für pflanzliche Vielfach-Kombinationen wie IBEROGAST lässt sich keine pharmakologische Begründung erkennen.“ Selbst BAYER findet eine solche kaum. Bei einer unlängst von dem Unternehmen durchgeführten Studie schnitt das Mittel in puncto „Wirksamkeit“ nicht besser ab als ein Placebo.

Und schon in den 1990er Jahren gingen bei den staatlichen Stellen zahlreiche Meldungen über Leberschäden nach der Einnahme von IBEROGAST & Co. ein. Und im Jahr 2002 machte die „Arzneimittel-Kommission der deutschen Ärzteschaft“ (AkdÄ) auf die Gefahren aufmerksam, die von dem in den Präparaten enthaltenen Schöllkraut ausgeht, inklusive solchen für Leib und Leben. „In einem Fall wird ein tödliches Leber-Versagen berichtet“, so die Kommission. Zudem zählte sie „Hepatitis“, „erhöhte Leber-Enzyme“, „Leberzell-Schädigung“ und andere Erkrankungen dieses zentralen Stoffwechsel-Organs als



unerwünschte Arznei-Effekte (UAW) auf. „Deshalb rät die AkdÄ im Hinblick auf die teilweise schweren UAW davon ab, Schöllkraut-Extrakte anzuwenden“, so die Kommission zusammenfassend.

Im Jahr 2005 schließlich reagierte das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM). Es leitete ein Stufenplan-Verfahren ein, um die Sicherheit der Pharmazeutika aus dieser Medikamenten-Gruppe zu überprüfen. Drei Jahre später stand das Ergebnis fest: Das BfArM bescheinigte den Produkten ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Denjenigen Formulierungen, die mehr als 2,5 Milligramm Schöllkraut enthielten, entzog es die Zulassung. Die Hersteller von niedriger dosierten Mitteln verpflichtete das Bundesinstitut derweil, vor möglichen negativen Arzneimittel-Effekten auf die Leber zu warnen. Zudem zwang es die Pil-

len-Firmen, die Packungsbeilage um den Zusatz „darf von Schwangeren und Stillenden nicht eingenommen werden“ zu ergänzen. Alle Anbieter wollten sich dem jedoch nicht fügen. So legte STEIGERWALD Widerspruch gegen die Weisung ein und erreichte damit eine aufschiebende Wirkung. Bis zur Entscheidung über die Umsetzung der Anordnung brauchte die Firma die „Fachinformationen“ nicht zu ändern. 2013 übernahm der Leverkusener Multi dann STEIGERWALD – und die Verweigerungshaltung in Sachen „IBEROGAST“ gleich mit. Das ermöglichte es ihm, erst einmal uneingeschränkt Kasse mit dem Magenmittel zu machen, das nicht nur die Leber-Funktionen beeinträchtigen, sondern auch die Zellen angreifen, Schwindel, Kreislauf-Störungen und Magen-Leiden auslösen kann. Im Jahr 2017 nun schien damit Schluss zu sein: Das BfArM wies

Wer sein Geld ökologisch sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.



Er liefert (per Post) aktuelle Analysen und Empfehlungen zu

- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
- ca. 40 nachhaltigen Titeln im Musterdepot, z.B. Aktien von **Gebert** und **Tomra Systems** (Kursgewinne 1.000% und mehr)
- 25 Natur-Aktien im Index nx-25 (+1.150% seit 1997)
- ausserbörslichen Aktien wie z.B. der **Alternativen Bank (Schweiz) AG** und der **Öko-Test Holding AG** ... und Warnungen vor (grün-)schwarzen Schafen.



Das **Handbuch Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 360 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro inkl. Versand mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag, Schweizertalstr. 8-10/5, A-1130 Wien, Tel. 0043-1-8760501, oeko-invest@teleweb.at www.oeko-invest.net





Das Bonner Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin-Produkte

den Einspruch gegen die verfügte Änderung der Packungsbeilage ab. Aber BAYER gab sich noch immer nicht geschlagen. Der Konzern reichte vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage gegen den Bescheid ein. Mit den Worten: „Die Angst vor Umsatz-Einbußen ist hier klar der größere Treiber als der vorbeugende Patientenschutz“,

kritisierte der Gastroenterologe Daniel Grandt von der „Arzneimittel-Kommission der deutschen Ärzteschaft“ diesen Schritt. Rund 100 Millionen Euro betrug „Insight Health“ zufolge 2018 BAYERS Jahres-Umsatz mit der Neun-Kräuter-Tinktur – nur neun freiverkäufliche Mittel lagen darüber. Die Profite, die STEIGERWALD

mit dem Medikament erwirtschaftete, übertraf der Leverkusener Multi bei weitem. Dafür sorgte nicht zuletzt ein massiver Werbe-Einsatz. So brachte BAYER auf dem Web-Portal *apotheke adhoc* einen Mediziner in Anschlag, der das Produkt als ersten „Schritt aus der Stress-Spirale“ empfahl, wenn einem mal etwas auf den Magen geschlagen hat. Und auf der Internet-Seite der *Deutschen Apotheker-Zeitung* pries das Unternehmen die Kräuter-Mixtur unter der Devise „zurück zur Natur“ an: „Die vielfältigen Eigenschaften der Heilpflanzen ermöglichen im Gegensatz zu den meisten chemischen Mitteln ein sehr umfassendes Wirkspektrum.“

Allzu lange Zeit gewann die Aktiengesellschaft mit dem Gang vor Gericht allerdings nicht. Im Jahr 2018 nämlich forderte IBEROGAST ein weiteres Todes-Opfer. Ein Frau ruinierte ihre Leber mit dem Schöllkraut-Extrakt so massiv, dass die Mediziner*innen eine Organ-Transplantation durchführen mussten, die nicht reibungslos verlief und der Patientin schließlich das Leben kostete. Da duldet das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ nun keinen Aufschub mehr. Es drohte dem Pillen-Riesen mit dem „Sofort-Vollzug“ der Beipackzettel-



Krieg und Frieden in den Medien

IALANA (Hrsg.), 282 Seiten, Preis 20 €

ISBN 978-3-944545-14-1

1. Auflage 2018, Ossietzky Verlag

Dokumentation der IALANA-Tagung Krieg und Frieden in den Medien im Januar 2018 in Kassel

»Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.«

Die Wortbeiträge der Konferenz:

Prof. Dr. Jörg Becker, Dr. Peter Becker, Jens Berger, Volker Bräutigam, Reiner Braun, Wolfgang Buff, Daniela Dahn, Markus Fiedler, Dr. Ute Finckh-Krämer, Dr. Kurt Gritsch, Friedhelm Klinkhammer, Marcus Klöckner, Dr. Leif Kramp, Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, Dr. Uwe Krüger, Karin Leukefeld, Pascal Luig, Prof. Dr. Michael Meyen, Maren Müller, Albrecht Müller, Prof. Dr. Günther Rager, Dr. Sabine Schiffer, Ekkehard Sieker, Prof. Dr. Ulrich Teusch, Max Uthoff, Jens Wernicke, Tilman Wörtz

Ossietzky Verlag GmbH, Siedendolsleben 3, 29413 Dähre

ossietzky@interdruck.net

www.ossietzky.net

Änderung. Und erst jetzt fügte sich der Global Player zähneknirschend. „Nach Aufforderung setzt BAYER VITAL die geforderten Hinweise in der Fach- und Gebrauchsinformation von IBEROGAST um“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Die Nachbemerkung „Wir stehen unverändert zu einem positiven Nutzen/Risiko-Verhältnis von IBEROGAST in den zugelassenen Indikationen“ durfte dabei natürlich nicht fehlen, kommt doch der Textbaustein vom angeblich positiven Nutzen/Risiko-Verhältnis bei Auseinandersetzungen um die Sicherheit von BAYER-Medikamenten regelmäßig zur Anwendung. Dabei hätte es der Leverkusener Multi selbst in der Hand, die Arzneimittel-Sicherheit der Tinktur zu erhöhen: Er besitzt nämlich bereits seit längerem die Zulassung für eine IBEROGAST-Formulierung, die kein Schöllkraut enthält.

„Dass erst ein Todesfall zum Einlenken bei dem Pharma-Riesen führt, wirft ein verheerendes Bild auf dessen Einstellung zum Patienten-Wohl“, konstatierte die Gesundheitspolitikerin Kordula Schulz-Asche von Bündnis 90/Die Grünen. Sie hatte zuvor vergeblich versucht, es gar nicht erst so weit kommen zu lassen. Erbst von dem Vorgehen STEIGERWALDs und BAY-

ERs gegen die BfArM-Entscheidung von 2008, das den Unternehmen die zeitnahe Umsetzung der neuen Bestimmungen ersparte, wollte sie ein solches Handeln mit juristischen Mitteln unterbinden. „[U]m hier die Machtverhältnisse wieder geradezurücken – nämlich in Richtung Patientenschutz“, brachten die Grünen im Frühjahr 2018 einen Antrag zur Änderung des Arzneimittel-Gesetzes (AMG) in den Bundestag ein. „§ 28 Absatz 2 AMG, in dem die Befugnis des BfArM zur Erteilung von Auflagen zur Verkehrssicherheit von Arzneimitteln geregelt ist, wird dahingehend ergänzt, dass diese Auflagen sofort vollziehbar sind und Widersprüche und Anfechtungsklagen keine aufschiebende Wirkung haben“, hieß es darin. Aber obwohl neben STEIGERWALD und BAYER noch zahlreiche andere Firmen versuchten und noch weiterhin versuchen, gefährliche Nebenwirkungen mittels winkeladvokatischer Tricks möglichst lange vor den Patient*innen zu verbergen – rund 50 Eingaben dieser Art gab es bisher –, erreichte der Vorstoß nicht die erforderliche Mehrheit.

Aber Schulz-Asche ließ sich davon nicht entmutigen und forderte nun, es nach dem Sterben der Frau im Juli 2018 nicht

einfach bei der Änderung des IBEROGAST-Beipackzettels zu belassen. „Ob der Todesfall hätte verhindert werden können, wenn dem Patienten die möglichen Nebenwirkungen bekannt gewesen wären, muss jetzt dringend geklärt werden“, mahnte sie an. Und genau das schickt sich die Kölner Staatsanwaltschaft nun an zu tun.

Bisher hat diese sich jedoch nicht gerade durch BAYER-kritische Entscheidungen hervorgetan. „Wir hoffen, dass die Jurist*innen dieses Mal mehr Mut beweisen“, schrieb die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) deshalb in der Presseerklärung zu „IBEROGAST“. Zudem fordert die CBG Krankenkassen wie die AOK Niedersachsen, die Techniker Krankenkasse und die DAK auf, den Patient*innen die Kosten für das Magenmittel nicht länger zu erstatten. Als eine weitere Maßnahme verlangt sie, für das Pharmazeutikum eine Rezept-Pflicht einzuführen. Auch die Politik sieht die Coordination in der Pflicht. CDU und SPD müssen ihrer Ansicht nach die Gesetzes-Initiative von Kordula Schulz-Asche auf Wiedervorlage legen. Der Fall „Iberogast“ darf nicht länger nur ein Fall für die Kölner Staatsanwaltschaft sein. ←



**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Der Lagebericht

BAYER weiter in der Krise



Es sieht düster aus für BAYER

MONSANTO im Allgemeinen und Glyphosat im Besonderen bereiten BAYER nach wie vor viele Probleme. Durch den Hedge-Fonds ELLIOT droht sogar die Zerschlagung des Konzerns.

Von Jan Pehrke

Mit 18.400 Klagen von Geschädigten des Pestizids Glyphosat sieht sich der Leverkusener Multi mittlerweile konfrontiert (Stand: 30.07.2019). Von Quartalsbericht zu Quartalsbericht steigt die Zahl. Wegen dieser Prozess-Flut muss der Konzern jetzt sogar mit einer gerichtlich angeordneten Sonderprüfung rechnen. Der Aktionär Christian Strenger bereitet einen entsprechenden Antrag vor, nachdem er auf der Hauptversammlung für die Einleitung einer solchen Untersuchung nicht die nötige Mehrheit gefunden hatte. Strenger wirft dem Management vor, die mit der MONSANTO-Übernahme verbundenen

rechtlichen Risiken nicht ausreichend beachtet zu haben und will das Agieren des Vorstands nun einer detaillierten Inspektion unterziehen.

Von der Entwicklung, dass die Richter*innen der bisherigen drei großen Verfahren gegen die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO die Geld-Bußsen im Nachhinein verringert hatten, zeigte sich der Anteilseigner wenig beeindruckt. Im Fall „Dewayne Johnson“ schrumpfte die Summe von 289 auf 78 Millionen Dollar, im Fall „Pilliod“ von zwei Milliarden auf 86,7 Millionen und im Fall „Hardeman“ von 80 auf 25 Millionen. Den eigentlichen

Schadensersatz ließen die Jurist*innen dabei unberührt. Bei den „punitive damages“ – der eigentliche Strafe – legten sie die Hand an. Die Versicherungen hatten für diesen Posten nämlich vor einiger Zeit eine Grundsatz-Entscheidung erzwungen. Seither darf der Betrag das Schmerzensgeld höchstens noch um das Neunfache übersteigen. Deshalb musste es zu den Absenkungen kommen. In der Sache aber gab es kein Vertun. „MONSANTO verdient es, bestraft zu werden“, sagte etwa der Richter Vince Chhabria bei der Ankündigung der Reduzierung. Dementsprechend fiel die Freude des Global Players einiger-

maßen verhalten aus. „Ein Schritt in die richtige Richtung“, hieß es jeweils.

Elliot legt die Axt an

Vorher schon hatte der Konzern die Prozesse zur Chef-Sache erklärt und die Weichen für einen Strategie-Wechsel gestellt. Es blieb ihm auch kaum etwas anderes übrig, hatte die Hauptversammlung dem Vorstand im April 2019 wegen der Causa „Glyphosat“ doch die Entlastung verweigert. „Der Aufsichtsrat sieht die negativen Auswirkungen, die von der Unsicherheit im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren auf den Aktien-Kurs und die Wahrnehmung der Stakeholder ausgehen“, konstatierte Ober-Aufseher Werner Wenning Ende Juni 2019 und gelobte Besserung. So gab er die Verpflichtung des in Produkthaftungsklagen beschlagenen US-Anwalts John H. Beisner als Berater bekannt. Zudem verkündete der Aufsichtsratschef die Einrichtung eines Sonder-Ausschusses, dem die Aufgabe zukommt, für zusätzliche juristische Expertise zu sorgen.

Der berühmt-berüchtigte Hedge-Fonds ELLIOT, der sein schon länger bestehendes Engagement bei BAYER im Herbst 2018 öffentlich gemacht hatte, reagierte um-

gehend. Er zeigte sich zunächst einmal zufrieden mit den Beschlüssen. Zur Personalie „Beisner“ ließ die von Paul Elliot Singer gegründete Gesellschaft verlauten: „Wie aus seiner Arbeit für MERCK (VI-OXX) und JOHNSON & JOHNSON (DE-PUY-Hüftimplantate) ersichtlich, hat Herr Beisner eine nachweisbare Erfolgsbilanz, vielbeachtete Produkthaftungsfälle zu einer erfolgreichen Lösung zu führen.“ Auch dem neuen Sonder-Ausschuss erteilte der Fonds sein Placet. Die annoncierten Veränderungen bilden eine geeignete Basis dafür, die Prozesse zu einem guten Ende für die Anleger*innen zu führen, so das Resümee.

Das ist aber noch nicht alles, Singer & Co. denken schon über den Moment hinaus. „Auch wenn die Lösung der Herausforderungen in den Rechtsstreitigkeiten unmittelbare Priorität hat, ist ELLIOT der Ansicht, dass BAYER mehr für die langfristige Wertschöpfung zum Vorteil aller Stakeholder machen könnte“, heißt es in der Presseerklärung. Für die ELLIOT MANAGEMENT CORPORATION spiegelt der derzeitige niedrige Aktien-Kurs nämlich den Wert der einzelnen Geschäftseinheiten – „bzw. die bestehende Wertbeschaffungsmöglichkeit von mehr als 30 Mil-

liarden Euro“ – nicht wider. Im Klartext: Eine Zerschlagung des Konzerns ist in den Augen des Hedge-Fonds lukrativer als die Beibehaltung der jetzigen Struktur. Dementsprechend ruft er den Vorstand zum Handeln auf. Singer sieht einem „gläubwürdigen Bekenntnis der Gesellschaft entgegen, (...) auch langfristige Wertschöpfungsmaßnahmen im Sinne aller Stakeholder zu prüfen“.

„Mit ELLIOT wird BAYERs Alptraum wahr“, konstatierte die *Rheinische Post*, denn Singer gilt als der aggressivste unter den aggressiven Aktionär*innen. Mit Vorliebe betätigt sich sein Unternehmen als Krisen-Profiteur, weshalb es sich die Bezeichnung „Geier-Fonds“ mehr als verdient hat. So stürzten sich die Finanz-Strateg*innen just zu dem Zeitpunkt auf die Staatsanleihen Argentiniens, da das Land sich für zahlungsunfähig erklärt hatte. Und während ein Großteil der anderen Käufer*innen sich auf einen Schuldenschnitt einließ, verweigerte der Finanz-Konzern sich diesem. Stattdessen verklagte er das südamerikanische Land erfolgreich und verbuchte auf diese Weise eine Rendite von 1.000 Prozent. Im Falle Griechenlands gingen die Fonds-Manager*innen ähnlich vor. Bei

ALL DAYS FOR FUTURE
graswurzel
revolution

Klima-Aktionsblatt der Graswurzelrevolution



Mindestabnahme: 50 Stück
kostenlos bei: abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net



angeschlagenen Kapitalgesellschaften hingegen drängen sie in der Regel auf einen Ausverkauf und verfolgen dieses Anliegen dann ohne Rücksicht auf Verluste. Bei THYSSENKRUPP etwa bewog das den Aufsichtsratschef Ulrich Lehner dazu, von seinem Posten zurückzutreten. Von „Psycho-Terror“ sprach er nachher. Dabei bemisst sich die Macht ELLIOTs nicht nach der Größe des Wertpapier-Depots. Beim Leverkusener Multi hält der Finanz-Konzern eine Beteiligung von 1,1 Milliarden Euro; BLACKROCK kommt auf ein Vielfaches davon. Aber der Hedge-Fonds schafft es immer wieder, auch andere Anleger*innen hinter sich zu bringen, die auf die gute Nase Singers für üppige Schlachtesen bauen. Im Falle BAYERs gab es darauf bereits unmittelbar nach dem Statement der ELLIOT MANAGEMENT CORPORATION zu den Plänen des BAYER-Aufsichtsrates einen Vorgeschmack: Der sogenannte „ELLIOT-Effekt“ trat ein und verschaffte der Aktie des Agro-Riesen ein Kurs-Plus von fast neun Prozent. Aber nicht nur ELLIOT liebäugelt mit einer Aufspaltung des Konzerns. Die Finanz-Analyst*innen von BERNSTEIN RESEARCH hatten diese Forderung bereits in der Vergangenheit erhoben und wiederholten sie in einem Brief, der dem Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann im Juni 2019 zugeht. „Wir haben Schwierigkeiten, große Synergien zwischen den beiden Bereichen zu sehen“, hieß es darin unter anderem. Dem Begehren BERNSTEINs, sich wenigstens von der Veterinär-Sparte zu trennen, kam der Ober-BAYER unterdessen schon nach. Sie ging für 7,6 Milli-

arden Euro an die US-Firma ELANCO. Die Transaktion ist Teil des Rationalisierungsprogramms, das der Leverkusener Multi im November 2018 beschloss, um seinen Investor*innen wieder Vertrauen in die Aktie einzuflößen, die nach den ersten Urteilen in den Glyphosat-Prozessen massiv an Wert verloren hatte. Die Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen sowie das Abstoßen diverser Betriebsteile kündigte Baumann damals an. Und er lieferte. Die annoncierte Verkaufsliste hat der BAYER-Chef mit dem ELANCO-Deal jetzt bereits abgearbeitet. Zuvor wechselten die Sonnenschutz-Mittel der COPPERTONE-Reihe, die Fußpflege-Präparate der Marke DR. SCHOLL'S und die Anteile des Konzerns am Chemie-„park“-Betreiber CURRENTA den Besitzer. Bei der CURRENTA schlug MIRA, der Infrastruktur-Fonds der australischen Investmentbank MACQUARIE, zu. Auch DR. SCHOLL'S landete bei einem Finanz-Investor; YELLOW WOODS zahlte dafür 585 Millionen Dollar. COPPERTONE schließlich wanderte für 550 Millionen Dollar zu BEIERSDORF. Rund 6.500 Arbeitsplätze innerhalb des Unternehmens verschwinden durch diese Geschäfte. Und außerhalb dürften längst nicht alle davon erhalten bleiben. Besonders denjenigen, die unter die Kuratel von Finanz-Investoren geraten sind, droht im Stellenplan der kw-Vermerk für „künftig wegfallend“. MIRA etwa garantiert die geltenden betrieblichen und tariflichen Regelungen nur für drei Jahre. Wie es dann weitergeht, steht dahin, denn längerfristige Pläne hat die MACQUARIE-Tochter nicht. „Wir gehen von einer Hal-

tedauer von zehn bis zwölf Jahren aus“, erklärte Deutschland-Chef Hilko Schomeurus lapidar. Aber nicht nur durch den Verkauf der verschiedenen Sparten gehen Stellen verloren. Der Global Player schließt zudem nach Kräften Standorte. In den USA macht er etwa die Niederlassungen in Durham, Robinson und Mishawaka dicht, was insgesamt über 800 Jobs kostet. In der Bundesrepublik scheut der Agro-Riese solche drastischen Schritte bisher, weil es stärkere Beschäftigten-Vertretungen gibt. Den Stand der Dinge hierzulande fasste der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Oliver Zühlke in einem Interview mit der *Rheinischen Post* zusammen. „Wir verhandeln weiter mit dem Konzern über die Verteilung auf die verschiedenen Bereiche und Standorte. BAYER prüft, Prozesse zu verändern, Aufgaben zu streichen oder auszulagern. Das ist komplex und braucht Zeit“, so der Gewerkschaftler. Zu allem Übel hat das Rationalisierungsprogramm nicht nur Auswirkungen auf die Arbeitsplätze. Es tangiert auch Sicherheitsfragen. Die CURRENTA trägt nämlich einen Teil der Verantwortung für die – immer noch nicht in Betrieb genommene – Kohlenmonoxid-Pipeline, die zwischen Krefeld und Dormagen verläuft. Das Unternehmen überwacht die Giftgas-Röhre nämlich über ihre Kontrollstellen in den Chemie-„Parks“. Bei einem Finanz-Investor wie MIRA ist eine solche Aufgabe denkbar schlecht aufgehoben. Entsprechend besorgt reagierten die Bürgerinitiativen auf die Nachricht von dem Besitzer-Wechsel.



Forum Wissenschaft 1/2019

Digital ist besser?

Herausforderungen der Digitalisierung für Forschung und Wissenschaft

Im Rahmen des sogenannten »Digitalpakts Schule« sollen flächendeckend schnelles Internet im Unterricht verfügbar, die technische Ausstattung der Schulen verbessert und Lehrer*innen für die Vermittlung digitaler Kompetenzen qualifiziert werden. Die umfassende Digitalisierung des

Bildungswesens, so scheint es, schreitet nun also praktisch voran. Doch Investitionen in die technische Infrastruktur und Qualifizierung des Personals allein führen noch nicht zu qualitativen Verbesserungen der Lehre. Nicht erst mit dem Aufkommen des Schlagworts »Fake News« wurde deutlich, welche Risiken schnell verfügbare große Datenmengen mit sich bringen. Der kompetente Umgang damit erfordert Kriterien zur qualitativen Bewertung und inhaltlichen Einordnung empfangener Informationen.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 € · www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Trumps helfende Hand

Unterdessen erhielt der Leverkusener Multi in Sachen „Glyphosat“ einige Unterstützung von offizieller Seite. So hat die US-amerikanische Umweltbehörde EPA einen Erlass des Staates Kalifornien aufgehoben, der BAYER und alle anderen Vertreiber von Glyphosat anwies, die Käufer*innen auf den Etiketten über die von dem Mittel ausgehende Krebs-Gefahr zu informieren. „Es ist unverantwortlich, das Anbringen von Warnhinweisen auf Produkten vorzuschreiben, wenn die EPA das Produkt für nicht krebserregend hält“, erklärte die „Environmental Protection Agency“. „BAYER is getting a helping hand from Donald Trump“, kommentierte das Internet-Portal *Markets Insider* den Vorgang. Der US-Präsident hatte nämlich die Spitze der Einrichtung neu besetzt, damit diese die Industrie nicht mehr länger durch so viele lästige Vorschriften am Profitmachen hindert. Seither geht ein Riss durch die Behörde, wie der von der BAYER-Tochter MONSANTO engagierte Schnüffeldienst HAKLUYT (siehe auch *SWB 3/19*) seinem Auftraggeber meldete: „Die politische Leitung favorisiert Deregulierungen und setzt sich über die Risiko-Analysen der Experten hinweg (...) Besonders, was Glyphosat angeht, gibt es starke Differenzen zwischen dem politischen und dem professionellen Personal.“ Auch die Bundesregierung sprang BAYER bei. Sie entschied sich gegen ein sofortiges Glyphosat-Verbot und beschloss lediglich eine Minderungsstrategie. Das von der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend“ einge-

stuftes Herbizid bleibt jetzt so lange im Umlauf, wie seine EU-Zulassung währt. Erst zum Jahr 2024 will die Große Koalition es dann aus dem Verkehr ziehen. Bis dahin darf das Pestizid auf den Feldern weiter sein Unwesen treiben; zu mehr als ein paar Einschränkungen konnten sich CDU und SPD nicht durchringen. Lediglich den Gebrauch im Haus- und Garten-Bereich sowie auf öffentlichen Flächen untersagten die Parteien. „Kein Verbot, bis es ohnehin ein Verbot gibt – Hier bekommen wir von der Regierung eine echte Mogelpackung serviert. Dass der Gebrauch von Glyphosat nun ‚systematisch gemindert‘ werden soll, ist keine Maßnahme zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt, sondern ein Geschenk an BAYER und die anderen großen Produzenten, die nun die Möglichkeit haben, ihr profit-trächtiges Agrar-Gift dreieinhalb weitere Jahre zu verkaufen“, konstatierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) in ihrer Presseerklärung. Der Leverkusener Multi gab sich trotzdem nicht zufrieden. „Wir sehen die Entscheidung der Bundesregierung kritisch, bis Ende 2023 aus Glyphosat auszusteigen“, erklärte der Agrar-Chef Liam Condon.

Kurz vorher hatte er im Hinblick auf die abermalige Zulassungsverlängerung für das Herbizid, über welche die EU 2022 befindet, Gesprächsbereitschaft signalisiert. Das Unternehmen respektiere, dass in einigen europäischen Ländern der Wunsch der Politik bestehe, den Einsatz von Glyphosat zu reduzieren, sagte Condon dem *Tagesspiegel* zufolge. „Daher werden wir mit den unterschiedlichsten

Interessensgruppen zusammenarbeiten, um alternative Lösungen zu entwickeln“, kündigte er an. Was da unter der Anmutung einer Charme-Offensive auftritt, ist indessen knallhartes Kalkül. Der grüne Bundestagsabgeordnete Harald Ebner beschrieb die Strategie des Global Players mit diesen Worten: „BAYER fürchtet um die Glyphosat-Zulassung. Darum deutet der Konzern jetzt einen Kuhhandel wie bei der Gentechnik an.“ Nach Ansicht Ebners setzt der Leverkusener Multi darauf, eine Opt-out-Lösung zu erreichen: Eine EU-weite Genehmigung, die den einzelnen Mitgliedsländern aber Verbote erlaubt. Dann hätte das umstrittene Mittel zumindest in Teilbereichen des europäischen Marktes, der zum Gesamt-Umsatz mit dem Ackergift rund zehn Prozent beiträgt, noch eine Chance.

Die BAYER-Aktie hat sich unterdessen in den letzten Monaten ein wenig erholt, erreicht aber noch längst nicht wieder den Stand, den sie vor dem MONSANTO-Deal einnahm. Ihr Wohl und Wehe hängt immer noch von den Glyphosat-Prozessen ab, und fast jede Meldung dazu bildet sich im Kurs ab. Darum ergehen sich die Finanzmarkt-Akteur*innen auch immer noch in Spekulationen darüber, wie viele Milliarden der Konzern am Ende für die Risiken und Nebenwirkungen des Herbizids zahlen muss und erstellen entsprechend düstere oder weniger düstere Prognosen. Wie stark der Leverkusener Multi sich durch den Desaster-Deal hingegen schon heute verändert hat und was das für die Beschäftigten und die Standort-Städte bedeutet, interessiert die Börse hingegen nicht. ←



Kommunistische Arbeiterzeitung

Nr. 366

1,50 Euro

März 2019

Solidarität und Klassenkampf

und weitere Artikel u.a.

Die EU,
ein imperialistisches Instrument

erscheint vierteljährlich

Einzelheft Euro 1,50

Jahresabo Euro 10,00

Tel/Fax: 0911-356913

gruppeKAZ@kaz-online.de

www.kaz-online.de

Redaktion der

Kommunistischen

Arbeiterzeitung

Reichstraße 8

90408 Nürnberg

BAYER setzt auf digitale Landwirtschaft

Das APPLE der Äcker



Fotos: BAYER

*Drohnen, Sensoren und Satelliten-Bilder liefern den Bauern und Bäuerinnen Daten über das Wetter, die Bodenbeschaffenheit, Pflanzenkrankheiten und Schadinsekten und verhelfen ihnen auf diese Weise zu einem ökonomischeren und ökologischeren Einsatz von Düngemitteln, Saatgut und Pestiziden – so promotet BAYER die digitale Landwirtschaft. Tatsächlich aber haben Science-Fiction-Autor*innen die schöne neue Welt auf den Äckern in ihren Horror-Szenarien weit realistischer beschrieben. Die Informationen, die der Leverkusener Multi zusammenträgt, um den Landwirt*innen „ein tieferes Verständnis über ihre Felder“ zu vermitteln, machen ihn nämlich zu einem veritablen Big Brother. Damit nicht genug, kann die „Zukunftstechnologie“ noch mit so manch anderen Risiken und Nebenwirkungen aufwarten.*

Von Jan Pehrke

„Wir sind heute in der Lage, den Landwirten Daten und Wissen über jede Pflanze und jeden Quadratzentimeter Boden zur Verfügung zu stellen“, mit diesen Worten pries BAYERs Vorstandsvorsitzender Werner Baumann auf der Hauptversammlung des Konzerns im April 2019 den Segen der digitalen Landwirtschaft. Die Übernahme von MONSANTO hat den Leverkusener Multi zum Marktführer in diesem Bereich gemacht. Und dass der US-Konzern mit seiner „Climate Corporation“ hier nach Baumanns Worten „ganz vorne“ war, spielte eine nicht unwesentliche Rolle

für die Kauf-Entscheidung. Aber bereits vorher hatte der Global Player dem Thema viel Gewicht zugemessen. „Wir sind absolut davon überzeugt, dass die digitale Landwirtschaft den Ackerbau revolutionieren wird“, erklärte Sparten-Leiter Tobias Menne im Jahr 2017.

Das Unternehmen glaubt, mit seinem Ackerbau 4.0 namens „FieldView“ eine neue Zukunftstechnologie im Portfolio zu haben, welche die (Kurs-)Phantasie der Investor*innen beflügeln kann, und legt sich entsprechend ins Zeug. Unter Titeln wie „Der vernetzte Acker“ oder „Das in-

telligente Feld“ produziert er Science Fiction. „Neben Satelliten und Drohnen sammeln auch Sensoren auf den hochmodernen Traktoren und Ernte-Maschinen wichtige Erkenntnisse über die Bodenbeschaffenheit und die Pflanzen-Gesundheit. Sie fließen in digitale Programme ein, mit denen BAYER weltweit Landwirte bei einer effizienteren und nachhaltigen Landwirtschaft unterstützen will“, fabuliert das Unternehmen. Auch Informationen über das Wetter fließen dem Konzern zufolge in entsprechende Algorithmen ein. Konkret erhebt der „ackerbauliche Erken-

nungsdienst“ (Die Zeit) etwa Daten über die Menge an Biomasse und Nitrat, die im Boden steckt, das Aufkommen von Schadinsekten sowie über den Chlorophyll-Gehalt der Pflanzen, der ein Indikator für deren Gesundheit ist. Dies ermöglicht dem Global Player zufolge passgenaue Lösungen. So stellt er beispielsweise ökologisch korrekte „See and spray“-Pestizide, die den Gewächsen bei Bedarf Einzel-Behandlungen angedeihen lassen und nicht mehr großflächig ausgebracht werden müssen, in Aussicht.

Viele Probleme

In der Praxis stellt sich dies alles jedoch als nicht so ganz einfach dar. Schon die Erhebung korrekter Daten erweist sich oftmals als Problem. Das geht aus der Studie „Vom Mythos der klima-smarten Landwirtschaft“ hervor, welche die Agrar-Wissenschaftlerin Andrea Beste und die Tierärztin Anita Idel im Auftrag des grünen Europa-Parlamentariers Martin Häusling erstellt haben. So kommen beispielsweise allein in Europa 16 verschiedene Methoden zur Bestimmung des Phosphor-Gehalts im Boden zur Anwendung – und einen genauen Aufschluss über die vorhandene Gesamtmenge gibt keine davon. Noch größere Schwierigkeiten bereitet der Humus. Wie viel der Acker davon birgt, vermögen die bisherigen Verfahren nicht zu ermitteln – „von der Qualität der Humus-Substanzen ganz zu schweigen“, schreiben die Autorinnen. Auch die Chlorophyll-Messung sagt ihrer Ansicht nach nur wenig darüber aus, ob eine Ackerfrucht wirklich genug Nährstoffe bekommt. Sie bezieht sich nämlich – und auch das nur indirekt – auf den Stickstoff. Um Robustheit oder Gesundheit der Pflanze zu messen, wären nach Ansicht der beiden weitaus kompliziertere Messungen nötig. „Wenn aber die Daten unzulänglich sind, dann kann sich die Software der Präzisionstechnik gar nicht genau auf die Boden-Verhältnisse einstellen“, resümiert Beste in einem Interview mit *Die Zeit*.

Zudem steht dem Fluss dieser unzulänglichen Daten noch so einiges entgegen, denn die Analyse-Instrumente in den Labors sind oftmals nicht mit den Bodenuntersuchungsgeräten kompatibel. Auch sonst erweisen sich fehlende Schnittstellen und andere Verbindungsprobleme oftmals als große Hindernisse bei der Datenverarbeitung. Prof. Dr. Cornelia Weltzien, die Leiterin der Abteilung „Technik im Präzisionspflanzenbau“ am Potsdamer Leibniz-Institut, führt das als einen der



Gründe für die Schwierigkeiten an, welche die „Zukunftstechnologie“ dabei hat, in der Gegenwart anzukommen.

Ein Feldversuch der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, die von 2008 bis 2017 verschiedene Anwendungen des „precision farmings“ auf einem Gut nahe der Ostsee-Küste testete, zeigte weitere auf. „Am Ende stand eine gewisse Ernüchterung“, so der Agrar-Ingenieur Christoph Lubkowitz. Gut geklappt hatte nach seiner Einschätzung eigentlich nur die digital gesteuerte Ausbringung von Saatgut und Kalk sowie der Einsatz von automatischen Lenksystemen bei Treckern, Mähdrechern und Co. Aber im Bereich der Sensor- und Scan-Technik haperte es ebenso wie bei der Auswertung der Ernte-Ergebnisse. Auch die Erstellung von Ertragskarten zum Aufspüren ergiebiger und weniger ergiebiger Ackerflächen-Abschnitte funktionierte nicht so recht.

Dieser Befund entspricht den Erfahrungen, die Thomas Kiesel mit der digitalen Landwirtschaft bisher machte. Der Bauer hadert etwa mit der Sensor-Technik und nennt in dem Interview, das er dem *Ideenwerk BW.de* gab, als Beispiel die Anwendung von Fungiziden bei Getreide-Rost. „Der hat eine sehr kurze Inkubationszeit. Man muss also reagieren, wenn die allerersten Pusteln auf den Blättern auftauchen. Ein Sensor, der der Spritze sagt, wo sie wie viel spritzen soll, würde den Befall zu spät erkennen. Als Landwirt erkenne ich die kritischen Stellen sofort – nämlich da, wo morgens der Tau länger liegen bleibt“, erläutert Kiesel. Und an Ertragssteigerungen durch Bits & Bytes glaubt er ebenso wenig wie an ein ökologischeres Wirtschaften qua „precision farming“. Positiv bewertet der Landwirt hingegen die GPS-gesteuerten Lenk-Systeme für Mäh-drescher und Schlepper, weil diese die

Maschinen in der Spur halten und so helfen, Benzin und Zeit zu sparen. Insgesamt fällt sein Fazit allerdings mehr als durchwachsen aus: „Digitale Technik kann uns an vielen Stellen die Arbeit erleichtern. Aber unser Wissen und unsere Erfahrung kann sie nicht ansatzweise ersetzen.“

Auch Bruno Melcher, der in Brasilien eine 15.000-Hektar-Farm betreibt und großflächige Betriebe in Russland mitverwaltet, mag nicht an das ertragssteigernde Potenzial der Landwirtschaft 4.0 glauben: „Wir haben jetzt zwar viele daten-gestützte und technische Produkte, aber 90 Prozent aller Ernte-Verluste sind dem Wetter geschuldet.“ Sogar aus der Industrie selber erhält er Zustimmung, beispielsweise vom Vorstandsvorsitzenden des Saatgut-Unternehmens KWS SAAT, Hagen Duenbostel. „Es könne schon sein, dass eines Tages infolge der Digitalisierung einmal mehr Maiskörner am Kolben hängen als in unseren Tagen“, gibt die *FAZ* die Worte des KWS-Bosses wieder: „Aber derzeit, so seine ernüchternde Zwischenbilanz, werde noch kein Gramm mehr durch die Digital-Technik geerntet.“ Überdies schrecken die Landwirt*innen Duenbostel zufolge vor der Bildschirmarbeit zurück: „Die Farmer wollen nicht mit der Kaffee-Tasse im Büro sitzen und mit dem Smartphone den Traktor steuern.“ Und sie trauen den Ratschlägen von BAYER & Co. nicht, wie die KWS-Finanzchefin Eva Kienle meint: „Die Landwirte wollen Unabhängigkeit. Sie möchten nicht den Eindruck haben, ihnen wird ein Produkt empfohlen, nur weil der Anbieter etwas daran verdient.“

In der Tat handelt es sich bei den Daten-Autobahnen zumeist um Einbahnstraßen. Vor zwei Jahren brachte dies der damalige MONSANTO-Forschungschef Robert Fraley deutlich zum Ausdruck, als er im Zuge des BAYSANTO-Deals von den di-



O-Ton BAYER



Fotos: BAYER

„Im Landwirtschaftsbereich sind wir mit weitem Abstand der Marktführer, die Nr. 1 bei jeder großen Nutzpflanze, bei Frucht und Gemüse, und wir haben die führende digitale Plattform. Wir haben mehr Zugang zu den Farmern als jeder andere da draußen, und wir haben eine besser gefüllte Pipeline als jeder andere da draußen.“

Liam Condon, Chef von BAYER CROPSCIENCE

den Farmern ein- oder zweimal am Tag ein Satelliten-Bild von ihrem Feld schicken, um das Wachstum der Pflanzen zu verfolgen und eine frühe Warnung aussprechen, wenn es irgendwo ein Problem mit Dünger, Wasser, Krankheiten oder Insekten gibt. Und dann können sie mit BAYER-Produkten eine Lösung finden“, verkündete er. Mit BAYER-Produkten. Ausschließlich um die geht es auch beim SEED ADVISOR: Das „Optimierungstool“ weiß für jeden Standort immer den geeignetsten Hybrid-Mais des Konzerns auszuwählen.

Plattform-Kapitalismus

BAYERs IT-Spezialist*innen haben den SEED ADVISOR so programmiert, dass die ganze Masse von Daten, die er ermittelt, genau auf ein Nadelöhr zulaufen: die Mais-Arten des Agro-Riesen. Marita Wiggerthale von OXFAM sieht dadurch die Landwirt*innen in eine Abhängigkeit gedrängt. „Sie erhalten damit nicht die Auswahl der besten Saatgut-Sorten allgemein, sondern nur eine Auswahl von BAYERs Saatgut“, konstatiert sie und gibt zu bedenken: „Je größer die Daten-Menge, über die ein Agrarchemie-Konzern verfügt, desto zielgerichteter die Lock-Angebote und Schein-Informationen auf den Bildschirmen der Bauern.“ Nach Angaben des

Unternehmenssprechers Utz Klages plant die Aktien-Gesellschaft, hier Abhilfe zu schaffen und das „Angebot auf Saatgut-Sorten anderer Anbieter auszuweiten“. Das aber erscheint wenig glaubhaft. „Seit Jahren versprechen Konzerne der Netzwerk-Ökonomie, Produkte anderer Anbieter kompatibel zu machen, ohne dieses Versprechen zu erfüllen“, hält Reinhild Benning von GERMAN WATCH fest.

Der Leverkusener Multi hat sich in dieser Netzwerk-Ökonomie durch MONSANTOs „Climate Corporation“ bestens positioniert und nach eigenem Bekunden die „Führerschaft in digitalen Tools“ für die Landwirtschaft übernommen. Ein rasanter Aufstieg, denn die „Climate Corporation“ begann im Jahr 2006 als kleines Start-up von zwei ehemaligen GOOGLE-Beschäftigten, die Fahrrad-Verleihen und anderen klima-abhängigen Betrieben Wettervorhersagen anbieten wollten.

Nun kommen Anwendungen wie „Field-View“ bereits auf einer Acker-Fläche von 24 Millionen Hektar zum Einsatz; für das Jahr 2019 erwartet der Global Player eine Steigerung auf 36,4 Millionen Hektar. Das „APPLE der Landwirtschaft“ wollte MONSANTO mit diesem Produkt werden, und nach Meinung einiger Beobachter*innen gelang dem Unternehmen dies – zu BAY-

gitalen Synergie-Effekten schwärmte, die nach der Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Produkt-Portfolios entstanden. „In ein paar Jahren wollen wir

spw

Moderner und solidarischer Wohlfahrtsstaat

Heft 231

Ausgabe 2 - 2019 | 7,00 Euro

Stefanie Börner
Die SPD lässt die Fahne der Solidarität wieder wehen

Florian Blank
Der Sozialstaat der Beschäftigten

Katrin Mohr und Tanja Smolenski
Sozialstaat 4.0 – sicher, gerecht und selbstbestimmt

Joachim Rock
Der Wert der Wohlfahrt: ein Blick zurück, nach vorn.



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

www.spw.de

ERs nunmehriger Freude – auch. So beschreibt die US-amerikanische Journalistin Angela Huffman die Plattform als eine Kombination von WINDOWS und „APP STORE“. Und wie APPLes digitaler Shop zeigt sich „FieldView“ offen für zahlende Gäste; nur die direkte Konkurrenz muss draußen bleiben. Fast 80 Partner hat BAYER schon gewonnen. Dazu zählen unter anderem der Landmaschinen-Hersteller AGCO, der Bodenkarten-Anbieter VERIS, der digitale Getreide-Marktplatz FARMLEAD und HARVEST PROFIT INC., das „field-by-field profitability analysis“ anbietet. Sie alle zahlen für den Zugang und führen einen Teil ihrer Umsätze an den Agro-Riesen ab. Zudem kann der Konzern ihre Daten abgreifen.

Damit nicht genug, bietet sich ihm durch dieses Instrument die Möglichkeit, die Rolle eines Türwächters einzunehmen und so darüber zu bestimmen, wer reindarf in die Welt der digitalen Landwirtschaft und wer nicht. Ganz offen spricht die Aktien-Gesellschaft davon, eine solche Filter-Funktion ausüben zu wollen. Einige befürchten überdies, BAYER trage sich mit der Absicht, über die Plattform die traditionellen Vertriebswege für Pestizide und andere Betriebsmittel zu umgehen und selber als Anbieter aufzutreten, um sich einen größeren Anteil an der Wertschöpfungskette zu sichern.

Daten, Daten, Daten ...

Die Basis der Plattform-Ökonomie bilden die Daten. Sie sind das eigentliche Kapital. Der Leverkusener Multi besitzt nach der Integration der „Climate Corporation“ jede Menge davon und zeigt sich weiter unersättlich. „Wie bei jedem digitalisierten Geschäftsmodell braucht man eine bestimmte Menge an Daten, um die Algorithmen treffsicherer zu machen. Wir sind deswegen gerade dabei, unsere Produkte zu verbessern und noch mehr Daten zu sammeln, damit wir den Landwirten gute Handlungsempfehlungen geben können“, erklärt BAYERs Agro-Chef Liam Condon. Dabei reichte der Bestand schon in der MONSANTO-Ära zeitweilig dafür aus, so viel Speicherplatz in der AMAZON-Cloud in Beschlag zu nehmen wie kein anderes Unternehmen.

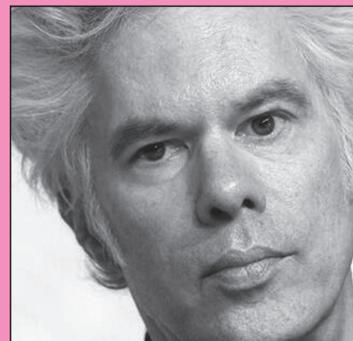
Dementsprechend fürchten sich viele Bauern und Bäuerinnen davor, ihre Höfe von der Industrie bis zur letzten Ackerkrume nach dem durchleuchten zu lassen, was BAYERs Mike Stern „die neue Währung in der Landwirtschaft“ nennt. Thomas Kiesel sieht vor allem in der Vernetzung aller im

Betrieb eingesetzten Systeme eine Gefahr: „Dann hätten nämlich die Hersteller von Landtechnik und anderen Betriebsmitteln direkten Zugriff auf unsere Produktionsdaten – und wir wären gläserne Landwirte.“ Bei einer Umfrage, initiiert von verschiedenen Landwirtschaftsorganisationen kurz vor dem MONSANTO-Deal, äußerten 91,7 Prozent der befragten Landwirt*innen, Angst vor einem Big Brother BAYER zu haben, der die Kontrolle über die Daten ihrer Farmen besitze. Deshalb versucht der Global Player nach Kräften, die Gemüter zu beruhigen. „Wir wollen keine Daten-Krake der Landwirtschaft werden“, beteuert etwa Tobias Menne. Aber überzeugend klingt das nicht.

Der Politik ist die Sammelwut auch nicht entgangen. Die russische Monopol-Behörde FAS hatte nicht zuletzt wegen dieser ernstliche Bedenken gegen BAYERs MONSANTO-Übernahme. „Sie haben so große Datenmengen, dass von unserem landwirtschaftlichen Sektor nach einem Zusammenschluss nicht mehr viel übrig sein wird“, fürchtete FAS-Chef Igor Artemjev. Deshalb musste der Leverkusener Multi garantieren, den Zugang zu dieser Technologie nicht zu reglementieren und auch russische Betriebe daran teilhaben zu lassen. Die Bundesregierung hat ebenfalls Handlungsbedarf erkannt – jedenfalls theoretisch. „[K]lare Leitplanken und Regulierung“ braucht es in diesem Bereich, verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang des Jahres auf der Grünen Woche in Berlin, ohne dem allerdings Taten folgen zu lassen.

Mit dem Einstieg in die Plattform-Ökonomie will der Konzern sein ganzes Geschäftsmodell verändern. „Durch die Digitalisierung werden wir künftig das Gesamtprodukt ‚das saubere Feld‘ anstelle einzelner Artikel anbieten können“, sagt Cropscience-Chef Liam Condon. Wobei „sauber“ für BAYER ein relativer Begriff ist. Eine „ertragsrelevante Ausdehnung – nicht das Vorhandensein – von Pflanzenkrankheiten durch unsere Technologien“ plant der Konzern künftig auszuschließen, schränkt das „Digital Farming Team“ ein. Condon zufolge geht es jetzt nicht mehr darum, „so viel Liter Chemie zu verkaufen wie möglich“. Wenn nur die Hälfte des Feldes gespritzt werde, werde man zwar nur halb soviel Absatz machen, gibt die Nachrichtenagentur Reuters seine Worte wieder: „Aber das Wissen, dass man nur diesen Teil des Feldes spritzen muss – das können Sie verkaufen.“ Weniger kann also mehr sein.

Promis gegen Profit



„Die größte Krise für uns ist derzeit der Mangel an menschlichem Einfühlungsvermögen, insbesondere unter den Führungspersönlichkeiten. Unternehmengier kontrolliert alles.“

Jim Jarmush, Film-Regisseur

Au weia, BAYER



In der Not frisst der Teufel Fliegen – und mutiert BAYER zum Vegetarier. Der Leverkusener Multi, dessen Gentech-Pflanzen bisher hauptsächlich in den Futtertrögen der Massentier-Halter*innen landeten, weitet sein Geschäftsmodell aus. Angesichts der Börsen-Erfolge von Fleischersatz-Herstellern wie BEYOND MEAT drängt der Konzern auch auf diesen Markt und bringt sich als Lieferant der Alternativ-Stoffe ins Spiel. „Man sucht derzeit nach verschiedenen Arten von Nutzpflanzen, und das bietet auch Chancen für uns als Pflanzenzucht-Unternehmen“, frohlockte Bob Reiter, der Forschungsleiter von BAYER CROPS-SCIENCE, auf einer Investor*innen-Konferenz in St. Louis.





Einen Namen hat das Kind bei BAYER auch schon: „Outcome based pricing“. Da gibt der Algorithmus, in den Zahlen zum Pestizid-Einsatz und andere Parameter einfließen, einen bestimmten Ernte-Ertrag vor. Bei einem Unterschreiten muss der Agro-Riese dann zahlen; bei einem Überschreiten erhält er Geld von den Landwirt*innen. Für Fungizide erprobt der Leverkusener Multi ein solches Modell gerade. Ein konkretes Datum zur Praxis-Einführung nennt er aber wohlweislich noch nicht. Bei einigen komplexen Variablen hakt es noch, bekundet der Konzern.

Fazit

An Baustellen fehlt es auch sonst nicht bei der „digitalen Landwirtschaft“. Vieles

in dem Bereich ist noch Zukunftsmusik, und nicht wenig davon wird es für immer bleiben. Das Versprechen, den Kartoffel-Käfer und seine Kolleg*innen schon im Anmarsch per Drohne aufzuspüren und dann gezielt mittels eines gezielten Pestizid-Einsatzes zu stellen, dürfte etwa darunterfallen. Besser sieht es für die automatisierten Landmaschinen aus. Diese nutzen die Landwirt*innen jetzt schon relativ häufig. Zu einer entsprechend harten Konkurrenz für BAYER & Co. wachsen deshalb die großen Anbieter wie JOHN DEERE und CLAAS heran, denn auch diese haben sehr viel Agrar-Wissen in Nullen und Einsen parat. JOHN DEERE versuchte in der Vergangenheit sogar schon einmal, MONSANTOs Digital-Sparte zu kaufen,

was nur die Intervention der US-amerikanischen Wettbewerbsbehörde verhinderte. Und dann ist das alles nicht zuletzt eine Preis-Frage. Die Landwirtschaft 4.0 kostet nämlich so einiges, und Kleinbauern und -bäuerinnen können die erforderlichen Summen in den meisten Fällen gar nicht aufbringen.

Aber die digitale Landwirtschaft steht auch vor einer grundsätzlichen Herausforderung: Was nützt ein Logarithmus, der immer die besten Bedingungen ausspuckt, was das Wetter, die Bodenbeschaffenheit und das Schadinsekten-Aufkommen angeht, wenn diese besten Bedingungen in Zeiten des Klimawandels immer schlechter werden? Was dadurch an zusätzlichem Pestizid- und Düngemittel-Bedarf entsteht, kann das „precision farming“ nie und nimmer wettmachen. Noch dazu ist die „Zukunftstechnologie“ eher Teil des Problems als der Lösung, stellt sie doch die vorerst letzte „Errungenschaft“ der agro-industriellen Landwirtschaft dar, die nicht eben wenig zur Erderwärmung beiträgt. Die gesamte Entwicklung wirft also viele Fragen auf, und momentan hapert es noch am einfachsten. So hat das „intelligente Feld“ vielerorts gar kein Netz, weil der Kabel-Ausbau in den ländlichen Regionen stockt. ←



Neu im Shop: Shirts aus Bio-Baumwolle

Von „earth positive“: Biologisch und fair und dazu ausschließlich unter Nutzung erneuerbarer Energien aus Wind und Solarkraft produziert.

Viele weitere Artikel im shop: Hoodies, Bücher, CDs, Antiquariat ...



**T-Shirt (Kinder)
„Friedenstaube“**

Royalblau, Größen 98 – 140
Bio-Baumwolle, 14,90 €



**T-Shirt (Damen o. Herren)
„Friedenstaube“**

Royalblau, Größen XS – 3XL
Bio-Baumwolle, 17,90 €

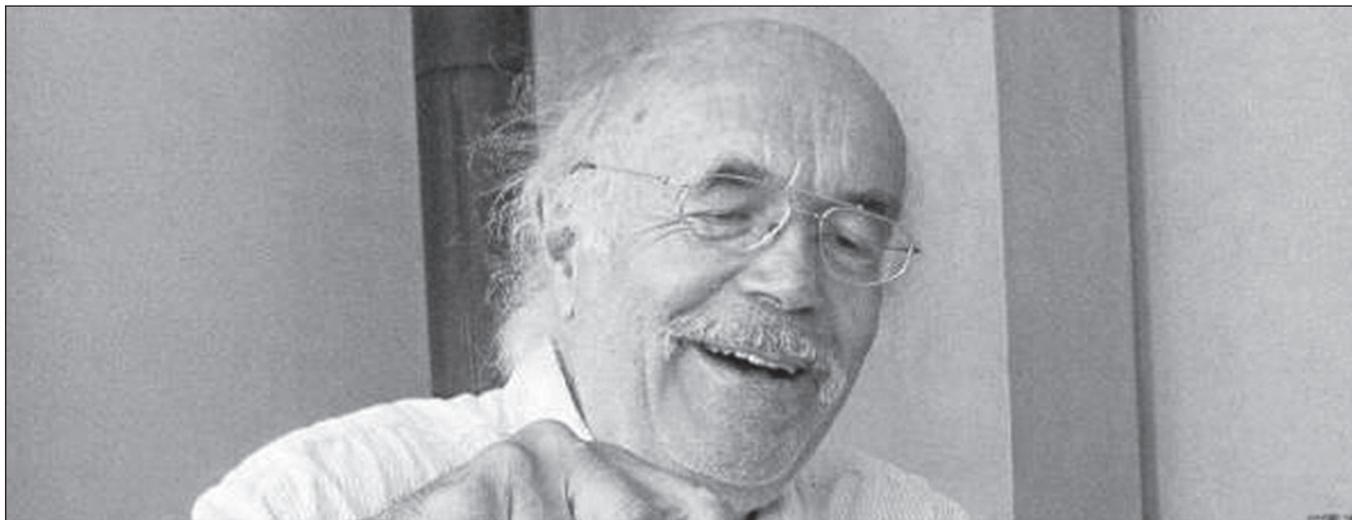


**T-Shirt (Herren)
„Gespenst des Kommunismus“**

Burgund o. schwarz, Größen
M – 3XL, Bio-Baumwolle, 17,90 €

Bestellen unter: uzshop.de E-Mail: shop@unsere-zeit.de Tel.: 0201 17788923, Fax: - 28

Jürgen Rochlitz ist tot



Am 19. September verstarb Jürgen Rochlitz. Die Coordination verliert damit einen wichtigen Mitstreiter.

Von Jan Pehrke

Der Tod von Jürgen Rochlitz trifft die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) schwer. Jürgen war ein langjähriger Wegbegleiter der Coordination. Seit Urzeiten gehörte er dem Beirat an und war wirklich auch immer mit Rat und Tat zur Stelle. Wenn es galt, einen wissenschaftlichen Sachverhalt einzuschätzen, an einer Presseerklärung mitzuwirken oder etwa einen Nachhaltigkeitsbericht von BAYER zu analysieren, konnten wir stets auf Jürgen zählen. Und als im Jahr 2013 „150 Jahre BAYER“ anstand, stemmte er für einen Vortrag auf der CBG-Jahrestagung die Herkules-Aufgabe, nicht allein die ganze Firmen-Geschichte aus konzern-kritischer Perspektive zu erzählen, sondern gleich die komplette Branche miteinzubeziehen. Jürgen Rochlitz war für die Coordination ein Glücksfall, weil sich in seiner Person wissenschaftlicher Sachverstand mit persönlichen Erfahrungen in der Chemie-Industrie – er stand lange in Diensten von HOECHST – und einer konsequent linken Haltung verband. Der Chemiker zählte Anfang der 1980er Jahre zu den Mitgründern von Kreisverbänden der Grünen in der Pfalz und saß später für die Partei im Bundestag. Dort avancierte er unter an-

derem zum chemie-politischen Sprecher der Fraktion. 1999 aber kündigte Jürgen wegen des Jugoslawien-Krieges seine Mitgliedschaft auf.

Der Zwang zur Gewinn-Maximierung im Kapitalismus korrumpiert die Chemie wie auch die anderen Naturwissenschaften und lässt sie hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben – das war sein Credo. Durch seinen Sitz in der Störfall-Kommission erfuhr er hautnah, welche Risiken für Leib und Leben eine solche Art des Wirtschaftens birgt. Eine im wahrsten Sinn des Wortes „explosive“ Mischung aus nicht dem Stand der Technik entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen, Schlampereien und Mangel an Problembewusstsein kam ihm da immer wieder auf den Tisch, wie er einmal in einem Interview berichtete.

Auch im Rahmen der CBG-Arbeit lagen ihm die von der Chemie-Produktion ausgehenden Risiken besonders am Herzen. Regelmäßig meldete er sich nach BAYER-Störfällen zu Wort. Auch analysierte er detailliert die einzelnen Gefahren-Quellen. „Phosgen – die tickende Zeitbombe“ warnte er einmal in einem Artikel für das *Stichwort* BAYER. Überdies beschäftigte ihn die unsachgemäße Lagerung

von Stoffen auf den Werk-Arealen sehr. Die Klima-Krise trieb Jürgen Rochlitz ebenfalls schon früh um. Diesem Thema sollte dann im Jahr 2016 auch die letzte größere Zusammenarbeit mit der Coordination gewidmet sein. Der Leverkusener Multi startete damals mit viel Tamtam eine Greenwashing-Kampagne, welche die Wiederverwendung von ein bisschen Kohlendioxid in der Kunststoff-Fertigung als eine große Maßnahme gegen die Erderwärmung verkaufen wollte. An Jürgen war es da, die Dimensionen in einer CBG-Presseerklärung wieder zurechtzurücken: „BAYER will 5.000 Tonnen Polyol auf CO₂-Basis herstellen und hierbei 1.000 Tonnen Kohlendioxid einsetzen. Das ist nicht einmal ein Tausendstel des jährlichen CO₂-Ausstoßes von BAYER.“

„Mit seinem Sachverstand ist er für unser Netzwerk unentbehrlich“, hieß es am 24. Juli 2007 in dem Geburtstagsständchen der Coordination zu Jürgens Siebzigstem. Jetzt ist diese Lücke da, und sie ist nicht zu füllen, denn Jürgen Rochlitz entstammte einer Generation von Chemiker*innen, welche wesentliche Prägungen durch die Umweltbewegung erhielt. So etwas wächst nicht nach. ←



Ordentlich

Wind machen!

Gegen den

Klimakiller BAYER

Jetzt spenden. Jetzt Fördermitglied werden.

Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht.
Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit.
Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

Spendenkonto

IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91 / BIC GENODEF1ETK

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei
Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
www.CBGnetwork.org * Info@CBGnetwork.org

